

nachrichten

INFORMATIONEN UND KOMMENTARE
ZUR WIRTSCHAFTS- UND SOZIALPOLITIK

11

IX. Jahrgang

Frankfurt, November 1969

Einzelpreis 0,75 DM

2 S 21 395 E

BUNDESINSTITUT
für
Wirtschaft
und
Sozialpolitik
berlin

22.11.1970

BIBLIOTHEK

Reierung und Gewerkschaften haben ihre Positionen abgesteckt. Der Nebel schöner Versprechungen durch die Parteien im Wahlkampf hat sich verzogen. Man kann wieder klarer sehen. Da fällt zunächst auf, daß die neue Regierung Brandt/Scheel eine bunte Palette neuer Farbtupfer in die soziale und politische Landschaft der Bundesrepublik zu stellen gedenkt. Aber bei genauem Hinsehen kommen auch viele der Grau- und Schwarztöne wieder zum Vorschein, die in der Vergangenheit unter der CDU/CSU-Herrschaft in der bundesdeutschen Politik dominierten. So fehlen praktisch viele jener markanten Punkte in der Regierungserklärung, die den politisch notwendigen Kurswechsel kennzeichnen würden: ausdrücklicher Verzicht auf Grenzrevisionen und den Alleinvertretungsanspruch für ganz Deutschland, Reduzierung der Rüstungslasten, Verbot der neonazistischen NPD, Verzicht auf Einführung der Vorbeugehaft, Einführung der gesamtwirtschaftlichen und qualifizierten Mitbestimmung und Aufhebung der vertikalen Preisbindung.

So begrüßenswert zugleich der Katalog der Absichtserklärung u. a. im sozialen und bildungspolitischen Bereich ist, die Gewerkschaften werden es mit dem Wort Otto Brenners halten müssen, der am 24. Oktober vor der Vertreterversammlung der IG Metall in Frankfurt sagte: „Es kommt nicht auf Versprechungen und Programme an, sondern auf Taten.“ Tatsächlich sind die in Aussicht gestellte Bildungsreform und das Arbeitsgesetzbuch an sich weder gut noch böse. Es wird darauf ankommen, mit welcher gesellschaftspolitischen Konzeption sie angepackt und mit welchem konkreten

Nicht Worte - nur Taten zählen

Inhalt sie versehen werden. Hier liegt auf lange Sicht ein weites Betätigungs-
feld der Gewerkschaften als Motor demokratischen Fortschritts.

Es wäre gefährlich, nach Konstituierung einer SPD/FDP-Regierung an einen demokratischen Automatismus zu glauben, der von selbst Lösungen im Sinne der Arbeiter, Angestellten und Beamten herbeiführen würde. Vielmehr zeigt der plötzliche Verzicht Minister Schillers auf die jahrelang propagierte Abschaffung der Preisbindung der zweiten Hand, daß die monopolistischen Kräfte in der Bundesrepublik ihre wirtschaftliche Macht und den politischen Einfluß behalten haben.

Darum ist es unverständlich, wenn der DGB-Bundesvorstand in seiner Stellungnahme vom 28. Oktober zur Regierungserklärung etwas enthusiastisch „mit Befriedigung“ feststellt, „daß im Gegensatz zu allen Regierungserklärungen seit 1949 dieses Mal die Wünsche der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften in hohem Maße berücksichtigt wurden“. Allerdings relativiert der DGB diesen Jubelausbruch mit der Versicherung, daß er die Regierung daran messen werde, inwieweit sie ihre Pläne in die Tat umsetzt. Zu den oben erwähnten wesentlichen Weglassungen in der Regierungserklärung haben die Gewerkschaften in den vergangenen Jahren konkrete Forderungen entwickelt, die eben nicht von der Regierung berücksichtigt wurden. So werden der DGB und die Gewerkschaften weiterhin vor der Aufgabe stehen, um Realpolitik, sozialen und demokratischen Fortschritt, aber auch gegen den Druck auf die Regierung von rechts, mit allen Mitteln zu kämpfen.

- gs -

Wandel statt Kontinuität!	2
DGB-Forderungen an Bonn	3
Vom Holz-Gewerkschaftstag	5
Warum wurde gestreikt?	7
Teuerung trotz Aufwertung	8
Zu niedriges Rentenniveau	11
Arbeiter — Bauern — EWG	12
WGB will aktiver werden	16
Soziale Kämpfe in Frankreich	18
Beilage mit Vorschlägen zur DGB-Satzung	

Von Krupp zu Krupp

Unter den Ministern der Bundesregierung nimmt der Minister für Wissenschaft und Forschung einen besonderen Rang ein: In seinem Ministerium werden Weichen für die Zukunft gestellt und Entscheidungen darüber vorbereitet, wem diese Zukunft dienen soll. Bei der Bedeutung dieses Ministersessels ist es nicht verwunderlich, daß die Herren der Industrie immer darauf gedrängt haben, daß hier ein Mann ihres Vertrauens berufen wird: Nach dem Atomminister Prof. Balke als Vertreter der Großchemie folgte Krupp-Manager Dr. Stoltenberg.

Willy Brandt holte sich als seinen Minister für Wissenschaft und Forschung den Parteilosen Prof. Leussink, was aber keinen Bruch der bemerkenswerten „Tradition“ bedeutet. Wäre der Professor nämlich nicht Minister geworden — das stand schon fest —, säße er heute im Vorstand des Krupp-Konzerns.

Der Vertrauenvorschuß der Gewerkschaften für Prof. Leussink kann also nicht klein genug bemessen werden.

okolus

Wandel statt Kontinuität!

Regierungserklärung mit neuen und alten Tönen Gewerkschaften haben ihre Forderungen angemeldet

Das mit der Regierungserklärung vorgetragene „Reformprogramm“ der neuen Bundesregierung läßt erkennen, daß der vor der Bundestagswahl entwickelte Reformmeister der SPD inzwischen offenbar (von dem Koalitionspartner FDP?) gebremst wurde. Allzuoft bediente sich Bundeskanzler Brandt, besonders da, wo es sich nach seinen Worten um „umwälzende Reformen“ handeln sollte, so verschwommener und unklarer Formulierungen, daß die wirklichen Vorstellungen seiner Regierung nicht zu erkennen sind. Es wird also auf die Taten ankommen, und zwar auf solche, die eben nicht die beteuerte „Kontinuität“, sondern demokratische Erneuerung demonstrieren.

Immerhin hat sich der Bundeskanzler bemüht, in der Regierungserklärung alle Schichten anzusprechen und kein Sachgebiet auszulassen. Das geht von der Stabilität unserer Wirtschaft bis zum Naturschutz. Er hat einen langen Katalog wirtschafts-, sozial- und gesellschaftspolitischer Reformen zusammengestellt, in dem weder die Reform des Betriebsverfassungsgesetzes, die Ankündigung eines Arbeitsgesetzbuches noch die Forderung nach Humanisierung des Arbeitsplatzes sowie ein langfristiger Bildungsplan und Bildungsurlaub fehlten. In dieser Legislaturperiode soll das aktive Wahlalter auf 18 Jahre und das passive auf 21 Jahre herabgesetzt werden.

Zweifellos hebt sich die Regierungserklärung Willy Brandts in vorteilhafter Weise von denen der bisherigen CDU/CSU-Regierungen ab. Aber es gibt erhebliche Differenzen zwischen den Reformplänen der Bundesregierung und den Forderungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes, die der Regierung Brandt am 22. Oktober unterbreitet worden sind. Das wird z. B. deutlich in der Stellungnahme des Bundeskanzlers zur Mitbestimmung.

Obwohl in der Regierungserklärung festgestellt wird, daß „Mitverantwortung und Mitbestimmung“ in den verschiedenen Bereichen unserer Gesellschaft eine „bewegende Kraft der kommenden Jahre“ seien, und den Gewerkschaften ihre überragende Bedeutung für den weiteren Ausbau der Bundesrepublik zum sozialen Rechtsstaat bescheinigt sowie vertrauensvolle Zusammenarbeit angeboten wird, will die Bundesregierung bezüglich der paritätischen Mitbestimmung nichts weiter tun, als den Bericht der unter der Kiesinger/Brandt-Regierung eingesetzten Mitbestimmungskommission überprüfen und erörtern. Unterstrichen wird diese negative Stellungnahme der Bundesregierung zur Mitbestimmung noch durch den Diskussionsbeitrag des FDP-Fraktionssprechers Mischnik, der kategorisch für die FDP die Ausweitung der Mitbestimmung nach dem Montanmodell, eine Forderung der Gewerkschaften, ablehnte. Das steht übrigens in einem

direkten Widerspruch zu dem pathetischen Satz des Regierungsprogrammes, die neue Bundesregierung wolle „mehr Demokratie wagen“. Die Regierung verspricht allerdings, auf der Grundlage der in der vergangenen Legislaturperiode eingebrochenen Gesetzentwürfe eine Reform des Betriebsverfassungsgesetzes und des Personalvertretungsgesetzes vorzunehmen.

Großvermögen unangetastet

In den Mittelpunkt der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik will die Regierung ihr Bemühen um eine gezielte Vermögenspolitik stellen. Zu der Feststellung, daß die Vermögensbildung in breiten Schichten, besonders bei den Arbeitern, völlig unzureichend ist, hat jedoch das Regierungsprogramm zunächst nichts anderes zu bieten, als eine Erhöhung der sogenannten vermögenswirksamen Leistungen nach dem 312-Mark-Gesetz auf 624 DM. Im übrigen aber will die Regierung die Vermögensbildung so gestalten, daß gleichzeitig die Kapitalbildung in der Wirtschaft gefördert und das Sparen im eigenen Betrieb in die allgemeine Sparförderung einbezogen werden soll. Zwar wird gesagt, daß die Bundesregierung „gesetzliches Zwangssparen“ ablehnt, aber Vermögensbildung als Kapitalbildung in der Wirtschaft läßt den Verdacht aufkommen, daß die Regierung hier auf den von den Unternehmen empfohlenen Investivlohn zielt.

Auch hinsichtlich der Steuerpolitik zeigt die Regierungserklärung für Arbeiter und Angestellte keine „umwälzenden“ Perspektiven. Der Arbeitnehmerfreibetrag wird zwar ab 1. 1. 1970 auf 480 DM heraufgesetzt, aber konkrete Aussagen über eine Steuerreform mit dem Ziel, die großen Vermögen und die hohen Unternehmerprofite stärker zu besteuern, und dafür die Arbeiter und Angestellten steuerlich zu entlasten, sind in der Regierungserklärung nicht zu finden. Im Gegenteil, Bundeskanzler Brandt erklärte sinngemäß, daß die Regierung nicht daran denke, durch steuer-

liche Maßnahmen die bestehenden großen Vermögen abzubauen.

Was die Sozialpolitik betrifft, kündigt die Bundesregierung u. a. eine Rentenberechnung nach Punkten an, um den Versicherten die zu erwartenden Sozialleistungen anschaulich zu machen. Weiter will die Regierung im Laufe der Legislaturperiode den schrittweisen Abbau der festen Altersgrenzen für den Rentenabzug prüfen und „sich bemühen, sie durch ein Gesetz über die flexiblen Altersgrenzen zu ersetzen“. Das ist so vage formuliert, daß man kaum mit einer Realisierung der von den Gewerkschaften geforderten Wahlfreiheit der Altersgrenze vom 60. Lebensjahr an in den nächsten vier Jahren rechnen kann. Das gleiche gilt für die Erhöhung der Krankenversicherungspflichtgrenze der Angestellten. Auch hier will die Regierung nur „überprüfen“.

Allerdings sieht die Regierungserklärung die Einführung eines Arbeitgeberbeitrages oberhalb der Versicherungspflichtgrenze vor. Positiv ist zweifellos die Ankündigung, daß ab 1. 1. 1970 die Kriegsopferrenten erhöht und jährlich der wirtschaftlichen Entwicklung angepaßt werden sollen. Nicht erwähnt wird in der Regierungserklärung, ob der unsoziale zweiprozentige Krankenkassenbeitrag der Rentner, wie vor der Wahl von der SPD versprochen, aufgehoben werden soll. Für die Bildungspolitik verspricht die Regierung umfassende Reformen. Bildung und Ausbildung, Wissenschaft und Forschung sollen bevorzugt gefördert werden. Dazu will die Bundesregierung einen Gesamtbildungsplan entwickeln mit der Aufgabe, kritische und urteilsfähige Bürger zu erziehen, und jedem die gleichen Bildungschancen einzuräumen.

Rüstungslasten tabu?

Es gibt keinen Zweifel, daß selbst die keineswegs umwälzenden Reformen zu ihrer Durchführung erhebliche finanzielle Mittel erfordern. Hier aber ist der neuralgische Punkt: Die Bundesregierung wird ihre Reformpläne nur dann verwirklichen können, wenn sie einen radikalen Abbau der Rüstungslasten vornimmt. Das aber setzt voraus, daß die Bundesregierung eine grundlegende neue Ost- und Deutschlandpolitik einleitet.

Gewiß hat der Bundeskanzler Brandt in der Regierungserklärung einige bemerkenswerte neue Akzente gesetzt. So ist zum erstenmal seit 1949 in einer offiziellen Regierungserklärung von der DDR die Rede und von „zwei Staaten deutscher Nation“. Ebenso wird seit 1949 zum erstenmal weder von Wiedervereinigung gesprochen noch direkter Bezug genommen auf die Hallstein-Doktrin und den Alleinvertretungsanspruch. Aber der neuen

Regierung fehlt der Mut zur Konsequenz: die völkerrechtliche Anerkennung der Realität zweier deutscher Staaten lehnt die Bundesregierung ab, was tatsächlich „Kontinuität“ statt Wandel bedeutet.

Mangelnde Konsequenz

Die Diskussion über diesen Teil der Regierungserklärung im Bundestag hat deutlich gemacht, daß es zur Politik des kalten Krieges, wie sie nach wie vor von der CDU/CSU vertreten wird, keine andere Alternative gibt, als die Anerkennung der DDR, die Voraussetzung für die Normalisierung der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten. Der Versuch des Bundeskanzlers Brandt und des Außenministers Scheel, sich vor dieser Konsequenz zu drücken, stellt keine neue Deutschlandpolitik dar.

Konsequenz läßt die Bundesregierung auch in außenpolitischen Fragen vermissen. So in bezug auf die Unterzeichnung des Atomwaffensperrvertrages, die zunächst wieder hinausgeschoben werden soll, und auf die Bereitschaft, an einer gesamteuropäischen Sicherheitskonferenz mitzuwirken; ferner hinsichtlich einer Anerkennung der polnischen Westgrenze sowie einer Ungültigkeitserklärung des Münchener Abkommens. Wenn aber die Regierung nicht klar sagt, daß sie nun endlich die nach dem Hitler-Krieg in Mitteleuropa entstandenen Realitäten anerkennen will, ist es wenig glaubhaft, der Sowjetunion und den Ländern des Warschauer Paktes Gewaltverzichtserklärungen anzubieten.

„Kontinuität“ ist von Übel

Die Bildung der Koalitionsregierung aus Sozialdemokraten und Freien Demokraten, die der zwanzigjährigen Herrschaft der CDU/CSU ein Ende bereitete, ist kein Machtwechsel. Das wird auch durch die Regierungserklärung Brandts unterstrichen, in der mit den Begriffen „Kontinuität“ und „Erneuerung“ gewissermaßen ein Leitmotiv ausgedrückt wurde. Kontinuität aber kann nichts anderes heißen, als daß die neue Bundesregierung die Machtposition der Konzerne und Monopole nicht zurückdrängen und die Verhältnisse in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft sowie innen- und außenpolitische Grundsätze nicht grundlegend verändern will. Unter diesem Aspekt müssen die angebotenen Reformen als Versuch gewertet werden, die wachsenden sozialen Spannungen zu mildern, um damit die spätkapitalistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu stabilisieren.

Der Regierungswechsel bedeutet aber auch eine Chance. Wenn die Mitglie-

der der SPD und mit ihnen die Arbeiterschaft insgesamt und ihre Gewerkschaften die Regierung sowie die Bundestagsfraktion der Sozialdemokratischen Partei nicht aus der Verantwortung entlassen, das zu verwirklichen, was sie vor der Wahl versprochen haben und sich nicht mit den Absichtserklärungen der Regierung

zufrieden geben, könnte der Regierungswechsel zumindest eine „Erneuerung“ einleiten. Die wirtschafts- und gesellschaftspolitische Aktivität der Gewerkschaften wäre ein geeignetes Mittel, die Regierung Brandt/Scheel auf einen Weg zu führen, der weniger Kontinuität, sondern Fortschritt und Erneuerung bedeutet. - sr -

DGB-Forderungen an Bonn

Konkretes sozial- und gesellschaftspolitisches Programm Gewerkschaften formulierten Plattform für 70er Jahre

In einem umfangreichen Schreiben an die neue Bundesregierung hat der Deutsche Gewerkschaftsbund seine Forderungen und Vorstellungen für die siebziger Jahre dargelegt. Dabei sind die Forderungen zur internationalen Politik, die sich auf die „Einigung Europas“, die Harmonisierung der Sozialpolitik in der EWG und eine Verbesserung der Ostpolitik beziehen, die das Vertrauen der Verbündeten nicht gefährden dürfe, sowie auf die Forderung nach internationaler Abrüstung und den Verzicht der Bundesrepublik auf Atomwaffen, ziemlich unvollkommen. Von solchen in den Gewerkschaften erhobenen Forderungen wie Anerkennung der DDR und der Nachkriegsgrenzen, Verbot des Atomwaffensperrvertrages usw. ist nicht die Rede. Zur Gesellschafts-, Wirtschafts- und Sozialpolitik erobt der DGB einen Katalog von Forderungen, für dessen Verwirklichung in nächster Zeit alle gewerkschaftlichen Kräfte aufgeboten werden müssen. Wesentliche Punkte sind:

Allgemeine Gesellschaftspolitik

Ausdehnung der paritätischen Mitbestimmung auf alle Großunternehmen der Wirtschaft; Verstärkung der Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte der Betriebs- und Personalräte am Arbeitsplatz und in sonstigen betrieblichen Fragen sowie stärkere Verankerung der gewerkschaftlichen Betätigungs- und Vertretungsrechte im Betrieb; Verwirklichung der Mitbestimmung auch im gesamtwirtschaftlichen Bereich.

Vermögenspolitische Maßnahmen zur unmittelbaren Beteiligung der Arbeitnehmer an dem Vermögenszuwachs in der Wirtschaft. Keine Beschränkung auf eine Förderung des freiwilligen Arbeitnehmersparens.

Herabsetzung des Wahlgewichts auf 18 Jahre; Verstärkung des Kampfes gegen alle antidemokratischen Kräfte zur Erhaltung der freiheitlichen Ordnung; Verbot der NPD.

Wirtschafts- und Finanzpolitik

Beseitigung des Ungleichgewichts der Einkommensentwicklung zu Lasten der Arbeitnehmer, das während des letzten Konjunkturaufschwungs eingetreten ist; spürbare Erhöhung des Anteils der Arbeitnehmer an der Ver-

mögensbildung der Volkswirtschaft; konjunkturelle und strukturelle Gewährleistung der Vollbeschäftigung.

Sicherung der Stabilität des Preisniveaus bei stetigem Wachstum; wesentliche Aktivierung des inländischen Wettbewerbs, insbesondere durch das Verbot von vertikaler Preisbindung und Marktbeherrschung und durch Einführung einer Genehmigungspflicht für Unternehmens-Zusammenschlüsse.

Als steuerpolitische Sofortmaßnahme Wiederanhebung der Kilometerpauschale, Verdreifachung des Arbeitnehmerfreibetrages und Steuerfreiheit für Leistungen, die im Rahmen von Rationalisierungsabkommen vereinbart werden.

Sozialpolitik

Einführung der Wahlfreiheit der Altersgrenze vom 60. Lebensjahr an.

Aufhebung der Nachteile der mittelfristigen Finanzplanung in der Sozialversicherung, insbesondere Beseitigung des zweiprozentigen Rentnerbeitrages zur Krankenversicherung.

Verbesserung des Rentenanspruchs der Frau, insbesondere Härteausgleich für die Auswirkungen der jahrzehntelangen Unterbezahlung und Aner-

kennung der Zeiten der Kindererziehung als Versicherungszeit.

Ausbau der Gesundheitsvorsorge durch gesetzlich vorgeschriebene Vorsorgeuntersuchungen; Beseitigung der Versicherungspflichtgrenze für Angestellte in der Krankenversicherung; Erlaß eines Krankenhausfinanzierungsgesetzes, mit dem die finanzielle Verantwortung der öffentlichen Hand für einen Teil der Krankenhauskosten festgelegt wird.

Einbau der Steuervergünstigungen für Kinder in eine einheitliche Kindergeldgesetzgebung; Gewährung von Kindergeld vom ersten Kinde an.

Prof. Hofmann gestorben

Der Spitzenkandidat der ADF und einer ihrer Gründer, Prof. Dr. Werner Hofmann, ist — wie wir bei Andruck dieser Ausgabe erfahren — am 10. November 1969 im Alter von 47 Jahren gestorben. Prof. Hoffmann, Direktor des Soziologischen Instituts der Universität Marburg, starb an den Folgen eines Kreislaufversagens. Damit hat die demokratische Linke in der Bundesrepublik einen ihrer profiliertesten Köpfe verloren.

Sonderurlaub für Mütter nach Ablauf der Schutzfrist nach der Entbindung bis zu 18 Monaten, bei Zahlung eines angemessenen Entgelts aus öffentlichen Mitteln.

Maßnahmen zugunsten der älteren Arbeitnehmer sowie zur Förderung der beruflichen und regionalen Mobilität; bessere wirtschaftliche Sicherung bei Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit und Bezug von Schlechtwettergeld.

Beschleunigung der Vorarbeiten zur Schaffung eines einheitlichen Arbeitsgesetzbuches; Beseitigung der gesellschaftspolitischen Differenzierungen im Arbeitsrecht; Schaffung gleicher Bildungschancen für die Kinder aller Bevölkerungskreise.

Stärkere Förderung von Bildung, Wissenschaft und Forschung; Maßnahmen zur Entwicklung eines Gesamtschul- und Gesamthochschulsystems; vordringliche Verabsiedlung eines Gesetzes über bezahlten Bildungsurlaub; verstärkte staatliche Förderung der Erwachsenenbildung unter Sicherung der Unabhängigkeit ihrer Träger; Verbesserung des Berufsausbildungsgesetzes unter Einbeziehung aller Ausbildungsbereiche; Mitbestimmung der Arbeitnehmer in allen Fragen der beruflichen Bildung; baldige Errichtung eines Bundesinstituts für Berufsbildungsforschung.

DKP will Taten sehen

Bachmann zur politischen Lage nach den Wahlen Bemühen um Gemeinsamkeiten mit Sozialdemokraten

Der Parteivorstand der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) hat in einer Erklärung zur Situation nach den Bundestagswahlen die Position der Kommunistischen Partei in der Bundesrepublik fixiert. Auf der gleichen Tagung hat der Vorsitzende der DKP, Kurt Bachmann, in einem Referat sehr nüchtern und ohne Pathos die Erwartungen der DKP bezüglich der Politik der Regierung Brandt/Scheel und die sich aus der neuen politischen Situation ergebenden Aufgaben der DKP dargelegt.

In dem Referat wird zunächst einmal festgestellt, daß sich durch den Wechsel der Regierung weder die grundlegenden Machtverhältnisse in Gesellschaft und Staat noch die Hauptrichtung des politischen Kurses der herrschenden großkapitalistischen Kreise geändert haben. Man dürfe, so heißt es in dem Referat, „nicht übersehen, daß die neue Koalitionsregierung von SPD und FDP nicht nur dem Wunsch vieler Wähler entspricht. An diese Regierung knüpfen auch Teile des Großkapitals die Hoffnung, daß sie besser die Widersprüche und anstehenden Probleme zugunsten der Stärkung des staatsmonopolistischen Systems lösen wird.“

Weiter sagte Bachmann: „Dennoch bringt die Bildung dieser Koalition neue Elemente in das politische Leben der Bundesrepublik. Die Verdrängung der CDU/CSU aus der Regierung könnte zum Ausgangspunkt für eine neue Politik werden. Aber dazu ist notwendig, daß SPD und FDP den in zwanzig Jahren aufgehäuften Ballast einer irrealen, reaktionären und antisozialen CDU-Politik abwerfen und die Hoffnungen und Interessen des Volkes, die Erwartungen, die von vielen Menschen in diese Regierung gesetzt werden, ernst nehmen. Nach wie vor geht es nicht nur um neue Männer in der Regierung, sondern um einen neuen politischen Kurs.“

Die Grundfrage der Politik sei für die DKP die Erhaltung und Sicherung des Friedens. Kurt Bachmann sagt dazu:

„Nur wenn der neue Militarismus zurückgedrängt, die gewaltigen finanziellen Mittel, die jetzt für unproduktive Rüstung vergeudet werden, zur Durchführung demokratischer Reformen verwendet werden können, wird es möglich sein, die Zukunftsaufgaben zu lösen.“ Beginnen müssen aber die Schritte zur Sicherung des Friedens mit der Unterzeichnung des Atomwaffensperrvertrages, dem endgültigen Verzicht auf Verfügungsgewalt über atomare Waffen und eine verbindliche Erklärung der Bundesregierung für die gesamte europäische Sicherheits- und Friedenskonferenz.

Was die Wirtschafts- und Sozialpolitik angeht, erklärt der DKP-Vorsitzende, so gelte nach wie vor, „daß die Arbeiter, Angestellten und Beamten nur durch eine aktive Lohnpolitik der Preistreiberei der Großunternehmer begegnen und die Massenkaufkraft erhöhen können. Notwendig aber ist auch ein Gesetz zur Sicherung der Preis- und Währungsstabilität, das die Urheber der Preiswelle, nämlich die Großkonzerne und ihre Superprofite, trifft.“

Zu der Gegenwartsaufgabe Mitbestimmung wird in dem Referat erklärt, daß die Krise der Jahre 1966/67 die Realisierung der Mitbestimmungsforderungen der Gewerkschaften, die demokratische Kontrolle am Arbeitsplatz, im Betrieb, im Unternehmen und in der Gesamtwirtschaft zwingend notwendig mache. „Das ist für Millionen arbeitender Menschen eine akute Frage ihrer Existenzsicherung. Deshalb sollten die Gewerkschaften ihren Kampf um die Mitbestimmung nicht aus Gründen der Rücksichtnahme auf die neue Regierungskoalition ab schwächen oder zurückstellen.“

Schließlich fordert der Vorsitzende der DKP, daß einer der „größten Unrechtsakte aus der Zeit der CDU/CSU-Herrschaft“ beseitigt wird, nämlich das Verbot der Kommunistischen Partei Deutschlands. Bachmann weist darauf hin, daß führende Politiker der SPD und der FDP wiederholt erklärt hätten, das Verbot der KPD sei ein Fehler gewesen. „Jetzt haben sie die Möglichkeit, die politischen und rechtlichen Voraussetzungen zu seiner Be seitigung zu schaffen.“

Auch in Zukunft wird, so heißt es in dem Referat wörtlich, „das Bemühen um gemeinsames Handeln von Sozialdemokraten und Kommunisten ein Angelpunkt unserer gesamten politischen Tätigkeit sein. Ohne dieses Zusammenwirken gibt es keine fortschrittlichen demokratischen Veränderungen in der Bundesrepublik.“ Das ist eine politische Grundauffassung der DKP, die es verdient, von den Sozialdemokraten so ernst genommen zu werden, wie sie gemeint ist - sr -

Lenin und Fragen der Gewerkschaftspolitik

Am 22. April 1870 wurde Wladimir Iljitsch Lenin in der russischen Stadt Simbirsk, dem heutigen Uljanow, geboren. Die Arbeiterbewegung der ganzen Welt wird zu seinem bevorstehenden 100. Geburtstag dieses überragenden Marxisten gedenken. Herausgeber und Redaktion der Zeitschrift NACHRICHTEN haben aus diesem Anlaß zu einer Tagung über das Thema „Lenin und Fragen der Gewerkschaftspolitik“ für den 6. und 7. Dezember in Nürnberg eingeladen.

Lenins zu gedenken heißt nicht nur, Lehren und Werke, sondern auch Leben und Wirken dieses großen Revolutionärs den Werktagen bekannt zu machen und für den gegenwärtigen Kampf der Arbeiterklasse anzuwenden. In Fortsetzung der Lehren von Marx und Engels hat Lenin der Arbeit der Gewerkschaften als Kampforganisation der Arbeiterklasse große Aufmerksamkeit gewidmet. Seine Hinweise sind gerade auch für die Arbeit der Gewerkschaft unter den Bedingungen des spätkapitalistischen Systems der Bundesrepublik von aktueller Bedeutung. Angesichts der wachsenden Machtkonzentration des Kapitals lassen Lenins wissenschaftliche Arbeiten ihre brennende Aktualität erkennen.

Die Veranstalter der Tagung „Lenin und Fragen der Gewerkschaftspolitik“ gedenken auch an die Erkenntnisse anzuknüpfen, die bei einer Tagung der „Marxistischen Studiengemeinschaft Düsseldorf“ im Spätherbst 1968 über das Thema „Marx und die Gewerkschaften heute“ gewonnen wurden.

Die geplante wissenschaftliche Tagung in Nürnberg hat bei vielen Gewerkschaftern ein reges Interesse gefunden. Uns liegen bereits zahlreiche Anmeldungen vor. Wie berichtet (siehe NACHRICHTEN 10/69, S. 20), werden in drei Einleitungsreferaten folgende Probleme angesprochen:

■ **Lenin über die Aufgaben der Gewerkschaften im internationalen Klassenkampf des Proletariats; Referent: sowjetischer Wissenschaftler.**

■ **Standort der Gewerkschaften in der Bundesrepublik im Kampf für grundlegende gesellschaftliche Veränderungen; Referent: Josef Ledwohn.**

■ **Rolle der Gewerkschaften in der sozialistischen Gesellschaft der DDR; Referent: Prof. Dr. Johanna Töpfer.**

Anschließend besteht die Möglichkeit, im Plenum der Tagung und in verschiedenen Arbeitskreisen zu diskutieren. (Eine kurze Inhaltsübersicht über die Referate von Johanna Töpfer und Josef Ledwohn bringen wir nebenstehend.)

der Tagung: „Lenin und Fragen der Gewerkschaftspolitik“ am 6. und 7. Dezember 1969 in Nürnberg.

Es ist eine theoretische Tagung, die Marxisten Gelegenheit geben soll, grundlegende Fragen einer Klassenpolitik zu erörtern, die geeignet ist, den Gewerkschaften zu helfen, ihre Funktion zu erfüllen in der großen Auseinandersetzung unserer Zeit, dem Kampf des Volkes gegen die Macht der Milliardäre, für Demokratie und gesellschaftlichen Fortschritt.

Das ist eine weite Thematik, die — ausgehend von Leninschen Leitsätzen über die Gewerkschaften — die Gewerkschaftspolitik mit internationalen Entwicklungen, der Lage und den Perspektiven in beiden deutschen Staaten verknüpft.

J. L.

Wir bitten um weitere schriftliche Anmeldungen für die Teilnahme an der Tagung. Interessenten erhalten umgehend die erforderlichen Unterlagen von uns zugestellt.

Herausgeber und Redaktion

Vertretung der Interessen im Spätkapitalismus

Nachdem sich in Bonn eine von der SPD geführte Regierung gebildet hat, gewinnt die Frage, welchen Standort die Gewerkschaften unter gesellschaftspolitischen Gesichtspunkten einzunehmen oder einnehmen sollten, wachsende Bedeutung.

Die Konzentration der gesellschaftlichen Kräfte, die mit den Ideenbegriffen Kapital, Monopol und Staat, Reaktion und Militarismus umrissen werden können, verlangt gebietsmäßig die Formierung einer gesellschaftlichen Gegenmacht der Arbeiter, Angestellten, Bauern, Angehörigen der Intelligenz, der gewerblichen Schichten in Stadt und Land.

Die Gewerkschaften haben ihrer soziologischen Funktion nach die Aufgabe, die Arbeiter, Angestellten und Beamten (marxistisch formuliert: alle, die gezwungen sind, ihre Arbeitskraft an die Besitzer der Produktionsmittel zu verkaufen) zu organisieren, diese große Mehrheit des Volkes als gesellschaftliche Macht zu formieren, der kleinen gesellschaftlichen Gruppe entgegenzustellen, die mit Hilfe der mit dem Staat verschmolzenen Monopole die wirtschaftliche Macht ausübt.

Die Interessenvertretung dieser Mehrheit des Volkes unter den Bedingungen des Spätkapitalismus durch die Gewerkschaften, der Weg zur Überwindung der Klassenherrschaft von Monopol und Staat durch grundlegende gesellschaftliche Veränderungen — das ist das Generalthema auf

„Rolle der Gewerkschaften in der sozialistischen DDR“

Die Referentin aus der DDR, Prof. Dr. Johanna Töpfer, wird zum Thema „Die Rolle der Gewerkschaften in der sozialistischen DDR“ sprechen. Sie ist stellvertretende Vorsitzende des FDGB-Bundesvorstandes und stellvertretender Direktor der FDGB-Hochschule „Fritz Heckert“ in Bernau bei Berlin.

Frau Dr. Töpfer wird darlegen, wie die Gewerkschaften in der DDR im Verlaufe der antifaschistisch-demokratischen und sozialistischen Revolution die Lehren von Marx und Lenin angewendet haben. Dabei soll der Nachweis erbracht werden, daß Lenins seinerzeitige Aufgabenstellung für die Tätigkeit der Gewerkschaften unter den Bedingungen der Sowjetmacht von universeller Bedeutung ist für die Interessenvertretung der Arbeiterklasse in all jenen Ländern, in denen der sozialistische Entwicklungsweg eingeschlagen wurde.

In dem Vortrag wird darauf eingegangen, wie die Gewerkschaften in der DDR dazu beitrugen, die Arbeiterklasse zu befähigen, die Prozesse der gesellschaftlichen Entwicklung zu leiten. Die Bedeutung der in der Verfassung der DDR gewährleisteten umfassenden Mitbestimmungs- und Kontrollrechte des FDGB wird in diesem Zusammenhang erläutert.

Die Referentin wird auch über die Probleme persönlichkeitsbildender gewerkschaftlicher Interessenvertretung sprechen, die sich aus der Verschmelzung von sozialistischer und wissenschaftlich-technischer Revolution ergeben. Hierbei soll die Erweiterung gewerkschaftlicher Entscheidungsfelder und die neue Qualität in der Gewerkschaftsarbeit bei der Gestaltung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus in der DDR sichtbar gemacht werden.

Unterstützungen reduziert

Außerordentlicher Gewerkschaftstag der IG Druck Votum für europäische Gewerkschaftskonferenz

Mit 188 von 252 Stimmen hat der außerordentliche Gewerkschaftstag der IG Druck und Papier Ende Oktober 1969 in Koblenz Herbert Schwiedel, den bisherigen Landesvorsitzenden von Niedersachsen, zum neuen 2. Vorsitzenden der Organisation gewählt. Schwiedel tritt damit an die Stelle des früh verstorbenen Werner Schmidt und wird sich vorwiegend mit den Tariffragen der IG Druck und Papier zu beschäftigen haben, die mit der Diskussion um den „Entwurf eines Tarifvertrages über die Lohn- und Tätigkeitsgruppen der Druckindustrie“ im Mittelpunkt des Kongresses standen. Neben der Änderung des Unterstützungsweises beschäftigte sich der Kongreß auch mit aktuellen politischen Fragen und nahm zum Bonner Regierungswechsel Stellung.

Der Gewerkschaftstag begüßte den Regierungswechsel und forderte von der neuen Regierung: „Realistische Initiativen zur Sicherung des Friedens in der Welt, zur Entspannung in Europa durch Beteiligung an einer europäischen Sicherheitskonferenz und zur Aussöhnung mit den Völkern Osteuropas“. Dazu gehörte konkret: „Die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze, die Erklärung der Nichtigkeit des Münchener Abkommens, die Normalisierung der Beziehungen zur DDR und die Unterzeichnung des Atomwaffensperrvertrages.“

Innenpolitisch wurden „tiefgreifende gesellschaftliche Reformen“ gefordert. „Die Arbeitnehmer erwarten dabei eine Politik, die ihren berechtigten Interessen besser und umfassender Rechnung trägt als die Politik der letzten 20 Jahre.“

Die ungerechte Herrschaftsstruktur in der Wirtschaft müsse beseitigt werden. Deshalb: „Ausdehnung der paritätischen Mitbestimmung auf alle Großunternehmen der Wirtschaft; Verwirklichung der Mitbestimmungsrechte der Betriebs- und Personalräte durch Verbesserung des Betriebsverfassungsgesetzes- bzw. Personalvertretungsgesetzes sowie Mitbestimmung der Gewerkschaften im gesamtwirtschaftlichen Bereich.“ Eine weitere gewerkschaftliche Beteiligung an der konzentrierten Aktion hänge davon ab, ob die neue Regierung nunmehr endlich mit Nachdruck die soziale Symmetrie zu verwirklichen gedenke.

Positiv nahm der Kongreß in der Rhein-Mosel-Halle das Angebot der Vorsitzenden der Gewerkschaftsbünde der Sowjetunion, Polens, Rumäniens, der DDR, Bulgariens, Ungarns und der CSSR auf, sich unter Respektierung verschiedener Auffassungen über Staat und Gesellschaft zu einer Beratung über die Sicherung des Friedens in Europa und der Welt zusammenzufinden. „Wir fordern den Deutschen Gewerkschaftsbund auf“, heißt es dazu in der mit überwältigender Mehrheit angenommenen Entschließung, sich in den internationalen

Gremien für die Verwirklichung einer solchen Konferenz einzusetzen.“

Ein wachsendes Mißverhältnis zwischen Beiträgen und Ausgaben in der Invalidenunterstützung zwang den außerordentlichen Gewerkschaftstag zur 50prozentigen Kürzung der bisherigen Invalidenrente für die Altrentner, die zum Teil schon ihr ganzes Beitragsaufkommen und mehr über diesen Weg zurückerstattet erhielten.

Ungekürzt bleiben die Mindestrenten bis 10 DM monatlich. Statt einer zeitlich unbegrenzten Rente wird ab 1970 für die Neurentner ein einmaliges Treuegeld in Höhe von 25 Prozent der eingezahlten Beiträge an die Mitglieder gezahlt. Zugunsten gesunder Rücklagen hätte ein Teil der Delegierten am liebsten einen noch tieferen Schnitt vollzogen, anderen Delegierten, insbesondere aus Hessen, war bereits der gefundene Kompromiß zu weitgehend. Völlig überzeugend für die Mitgliedschaft wird er in der Tat erst dann sein, wenn die wachsenden und komplizierten Aufgaben der Gegenwart und Zukunft mit noch größerem Einsatz angepackt werden. Das wurde in der Redeschlacht um das Arbeitspapier zum differenzierten Lohn bereits deutlich.

Besorgt waren viele Diskussionsredner, eine zu weitgehende Differenzierung im Lohnkatalog könne die solidarische Lohnpolitik gefährden. Bemängelt wurde, daß von einer echten Mitbestimmung in dem Entwurf keine Rede sein könne. Unter Berücksichtigung des Beschlusses zur Tarifpolitik vom 8. Ordentlichen Gewerkschaftstag soll der Entwurf noch einmal überarbeitet und bis zum 31. Oktober 1970 der Mitgliedschaft zur breiten Diskussion vorgelegt werden.

Bemerkenswert waren in dem Zusammenhang die Vorschläge der Delegierten Taudien und Baumöller aus Düsseldorf, sich am Kampf um weitere Mitbestimmungsrechte nicht ausschließlich auf den Bundestag zu orientieren, sondern auch tarifliche Vorstöße in dieser Richtung zu unter-

nehmen. Dabei könnte die Forderung nach paritätischen Lohn- und Sozialkommissionen in Großbetrieben, unter Einschaltung von gewerkschaftlichen Vertrauensleuten, eine Rolle spielen. Leonhard Mahlein, der 1. Vorsitzende der Organisation, konzidierte im Schlußwort, daß in der Tat (etwa im Paragraphen 6 des Entwurfs) die Frage der Mitbestimmung zu schwach angepackt worden sei.

Wie brisant Lohnfragen gegenwärtig für die Gewerkschaft geworden sind, wurde am Schluß des Kongresses sichtbar, als eine Entschließung der Nichtfacharbeiter bei Gruner & Jahr den Kongreß erreichte, aus der deutliche Verbitterung über das jüngste Lohnabkommen sprach, in dem selbst eine Sonderzulage von 210 DM tariflich nach Gruppen gestaffelt wurde. Für die Nichtfacharbeiter staffelte sich das auf recht magere Beträge herunter.

Der Gewerkschaftstag nahm eine Entschließung an, die in den verbindlichen Auftrag an die Große Tarifkommission mündet, bei der nächsten Lohnrunde Anfang 1970 die fünf Lohngruppen für Nichtfacharbeiter auf vier zu begrenzen und diese, bezogen auf den Ecklohn, auf 80, 85, 92 und 95 Prozent zu erhöhen. Daß die Unternehmer eine solche Forderung nur unter erheblichem Druck der Organisation akzeptieren werden, dürfte klar sein. Hier steht für die IG Druck und Papier eine erhebliche Bewährungsprobe an.

13 Prozent höhere Löhne und Gehälter bei Shell

Einen bemerkenswerten Tarifvertrag hat die IG Chemie-Papier-Keramik mit der Deutschen Shell AG abgeschlossen. Für alle Arbeiter und Angestellten, die in Raffinerien, Werken, Vertriebs- und Flugdienststationen beschäftigt sind, wurden neben einer 13prozentigen Erhöhung der Löhne und Gehälter wesentliche Verbesserungen der Urlaubsregelung sowie die Erhöhung des Urlaubsgeldes und der Schichtzulagen vereinbart.

Rückwirkend ab 1. Oktober steigen die Monatslöhne und Gehälter um durchschnittlich 144 DM im Monat. Ab 1970 erhöht sich das tarifliche Urlaubsgeld von 350 DM auf 400 DM und zwei arbeitsfreie Samstage werden nicht mehr auf den Urlaub angerechnet. Außerdem wurde die Schichtzulage im voll- bzw. teilkontinuierlichen Betrieb erhöht, die Zahlung von Mehrarbeitszuschlägen verbessert und die Lehrlingsbeihilfe heraufgesetzt. Der um einen Monat vorgezogene Tarifvertrag hat eine Laufzeit von 12 Monaten.

Warum wurde gestreikt?

DKP wendet sich gegen die Theorie vom begrenzten Eigenwillen der Arbeitnehmer

Die eindrucksvollen Streiks der mehr als 150 000 Arbeiter und Angestellten im September 1969 werden die Gewerkschaften noch lange beschäftigen. So hat der Bundesausschuß des DGB in seiner Sitzung am 7./8. Oktober beschlossen, „die durch die spontanen Arbeitsniederlegungen geschaffene Lage zu überprüfen und zu analysieren“. Obwohl im Ergebnis dieser Kämpfe Millionen Arbeiter und Angestellte ihre Lohn- und Gehaltserhöhungen durchsetzen konnten, gibt es einige Gewerkschaftsführer, die im Zusammenhang mit den Streiks den Antikommunismus schüren. Aus diesem Anlaß haben wir Werner Cieslak, Referent für Wirtschafts- und Sozialpolitik beim Parteivorstand der DKP, um eine Stellungnahme gebeten, die wie folgt lautet:

Der Versuch von Unternehmerverbänden, Regierung und den etablierten Parteien, unter Ausnutzung des Antikommunismus die Streiks der Belegschaften als „kommunistisch gesteuert“ darzustellen, um damit das einheitliche Handeln in den Belegschaften zu zer setzen und die Bevölkerung über die Streikenden aufzubringen, ist mißlungen. Gleichzeitig erkannten nicht wenige Arbeiter, daß die Kommunisten sie in ihrem Kampf unterstützt.

Angesichts der Profitexplosion des Großkapitals (Friedrich Flick „verdiente“ allein aus seinem Kapitalanteil bei der Daimler Benz AG in diesem Jahr 107 Millionen DM, das ist umgerechnet ein Stundenlohn von 62 390 DM) konnten Streikende und Streikbereite nicht verstehen, daß einige Gewerkschaftsfunktionäre aus wahl- und partitaktischen Überlegungen die Prinzipien der aktiven Lohnpolitik einfach unter den Teppich fegten. Die Kritik an den Arbeitsniederlegungen und die Unterstellungen in bezug auf den Streikanlaß durch einige bekannte Gewerkschaftsführer haben dem tatsächlichen Anliegen der Gewerkschaften wenig genützt.

Die „Einheit“, Organ der IG Bergbau und Energie, behauptete am 3. 10. 69, der Streik der Bergarbeiter sei „hinter den Kulissen angerührt“ worden; die DKP habe das Startsignal gegeben. Demgegenüber brachten Beschlüsse von Betriebsratskörpern und Meinungen bei Gewerkschaftsversammlungen in den Gebieten, in denen die Bergarbeiter streikten, unzweideutig zum Ausdruck, daß nicht die Kommunisten, sondern die schlechte Lage des Bergmanns Ursache und Anlaß der Kampfaktionen im Bergbau waren.

Es stimmt zwar, daß die DKP schon im Frühjahr dieses Jahres die Lohnforderungen in den Betrieben bis zu 15 Prozent als völlig gerechtfertigt und volkswirtschaftlich vertretbar unterstützt hat. Wenn die „Einheit“ das hervorhebt, bestätigt sie im Nachhinein, daß die Kommunisten damals vom Möglichen und Notwendigen in bezug auf die Lohnpolitik eine richtige Einschätzung gegeben haben. Die

„Einheit“ macht aber aus dieser für die Interessen der Arbeiter und Angestellten richtigen Auffassung zur Lohnpolitik Antikommunismus. Im Chicago-Look-Stil schreibt sie:

„Damit hatten die Kommunisten die Marschrichtung festgelegt. Die Kadern funktionäre in den Betrieben wußten nun, daß ihre Parteiführung ‚betriebliche Kampfactionen‘ von ihnen erwartet. So ging man dann ans Werk. Dortmund wurde ausgesucht, weil es sich hier um eine sozialdemokratische und gewerkschaftliche Hochburg handelt und es den Kommunisten darauf ankam, sozialdemokratisch orientierte Arbeiter gegen die Meinung der Gewerkschaft auf die Straße zu bringen, um sich dann als DKP mit den Arbeitern zu solidarisieren.“

Ebenso bedauerlich war es, daß der Vorsitzende der IG Metall, Otto Brenner, den Versuch unternahm, an der antikommunistischen Kurbel zu drehen. Er glaubte feststellen zu müssen, daß die Kommunisten in der Situation der Arbeitsniederlegung die so oft beschworene Treue zu den Grundsätzen der gewerkschaftlichen Solidarität in den Hintergrund gedrängt hätten. Unser Verhalten sei ungewerkschaftlich und wir hätten kein richtiges Verhältnis zur Demokratie und zu den Menschenrechten gefunden.

Ist es nicht ein tiefer Ausdruck von Menschlichkeit, Demokratie und gewerkschaftlichem Verhalten, wenn die DKP den Streik, das Aufbegehren von über 150 000 Ausgebeuteten, gegen die einheitliche Front der Unternehmer mit allen Mitteln unterstützt und alles tut, damit die kämpfenden Arbeiter und Angestellten siegen? Hinterher bleibt Zeit genug, um diese oder jene Überlegungen anzustellen, wie in Zukunft Arbeitskämpfe vorbereitet und durchgeführt werden sollen. Der Antikommunismus aber schadet immer den Gewerkschaften.

In diesem Zusammenhang ist folgendes interessant: Der DGB-Vorsitzende Vetter wurde vom „Spiegel“ (Nr. 39/69) befragt, wie es käme, daß bei den Streikkämpfen die gewerkschaftlichen

Kontakte in den Betrieben nicht ausreichend sichtbar geworden seien. Vetter sagte: „Ich komme aus dem Bergbau, und da waren bis 1950 auf vielen Zechen überwiegend Kommunisten als Vertrauensleute gewählt worden. Um ihren Einfluß zurückzudrängen, lösten wir unsere Betriebsorganisationen auf und schlossen die Vertrauensleute verschiedener Betriebe in örtliche Organisationen zusammen. Die Kommunisten waren zwar jetzt in den Beschußorganen in der Minderheit, doch gleichzeitig verloren wir an Kontakt zum Arbeitsplatz.“

Auch hier wird der Beweis geliefert, daß antikommunistische Positionen, zudem noch mit undemokratischen Methoden aufgebaut, nicht den Gewerkschaften dienen, sondern ins eigene Auge gehen. Der DGB selbst widerlegte, daß die Streikkämpfe von den Kommunisten angezettelt seien, die, wie die „Einheit“ schreibt „... in Zwielicht agieren, aber die Folgen ihrer Agitation nicht tragen“. Am 19. September stellte die „Welt der Arbeit“ auf der ersten Seite fest, „... daß die Kommunisten die Stimmung der

NACHRICHTEN für den aktiven Gewerkschafter

Arbeiter ziemlich genau einschätzten und sich der Grenzen ihrer Möglichkeiten durchaus bewußt waren“. Die Wochenzeitung des DGB widerlegt, was die „Einheit“ und Otto Brenner den Kommunisten unterstellen. Das Blatt kommt zu dem Schluß: Die Kommunisten „... verzichteten dabei bewußt auf antigewerkschaftliche Parolen, weil sie erkannten, daß es den Arbeitern darauf ankam, ein Exempel zu statuieren, nicht aber, sich in ein politisches Abenteuer zu stürzen“.

Wir Kommunisten lassen uns unbearrbar davon leiten, die größte demokratische Organisation der Arbeiter, Angestellten und Beamten in ihrer Selbstständigkeit und Unabhängigkeit zu stärken, ihren Kampfeswillen und ihre Kampffähigkeit zu steigern. Das sehen wir als eine unserer wichtigsten Aufgaben bei unserer Tätigkeit in den Gewerkschaften. Diese unsere prinzipielle Position schließt aber zugleich ein, jenen entgegenzuwirken, die die Gewerkschaften den Interessen des Großkapitals unterordnen und in das herrschende System einordnen wollen.

Teuerung trotz Aufwertung

Was bedeutet die Kurskorrektur der D-Mark? Einkommenssteigerung nur über die Lohnpolitik

Nach monatelangem Tauziehen hat nunmehr die Regierung Brandt/Scheel den Kurs der D-Mark um 8,5 Prozent aufgewertet. Die neue Parität zum Dollar beträgt jetzt nur noch 3,66 D-Mark (früher rd. 4,— D-Mark). Der internationale Verrechnungswert der D-Mark ist damit gegenüber anderen Währungen gestiegen. Daran haben sich viele Spekulationen entzündet und werden auch Erwartungen geknüpft. Das zeigte sich u. a. auch in der ersten Regierungserklärung Willy Brandts.

Die Aufwertung wird als eine Art Wunderdroge gegen die Folgen spät-kapitalistischer Konjunktur- und Preispolitik angepriesen. Aber preisdämpfende Wirkungen werden selbst von Brandt und Schiller höchstens für die Zeit nach dem 1. Halbjahr 1970 in Rechnung gesetzt. Bis dahin werden also die Preise weiter steigen. Wie Brandt in seiner Regierungserklärung sagte, liegt der Höhepunkt der Preiswelle noch vor uns. Das sollte die Erwartungen dämpfen, die nicht wenige Gewerkschafter mit der Aufwertung verbinden.

Bleiben wir bei den Tatsachen. Kurz vor der Festsetzung der neuen Parität hatte die Kursfreigabe auf den Devisenmärkten bereits einen Aufwertungssatz von rund 6,5 Prozent ergeben. Real gibt es somit einen zusätzlichen Aufwertungseffekt von 2 Prozent.

Die Export- und Importkonzerne — sie sind zumeist miteinander verbunden — hatten schon vorher ihre Verträge „währungstechnisch“ abgesichert, d. h. mit Währungsklauseln versehen, um so eventuelle Verluste aufzufangen bzw. abzuwälzen. Die gegenwärtig in allen kapitalistischen Ländern ziemlich gleichzeitig verlaufende Boom-Periode erleichterte diese Praxis. Außerdem war die im November vergangenen Jahres eingeführte steuerliche Ersatz-aufwertung von 4 Prozent (und Verbilligung der Einfuhr von ebenfalls 4 Prozent) am 29. 10. 1969 wieder aufgehoben worden. Strauß überreichte damit der Konzernwirtschaft noch bei seinem Abtritt als Minister ein Abschiedsgeschenk. So waren bis zu diesem Termin bereits mögliche Auswirkungen der Aufwertung auf die Exportentwicklung weitgehend unwirksam gemacht worden.

Nach dem Mechanismus der Kursfestsetzung müßten sich jetzt die Exporte um 8,5 Prozent verteuern, umgekehrt die Importwaren um den gleichen Satz verbilligen. Entscheidend für die Verbraucher sind die möglichen Wirkungen beim Import.

Der DGB hat völlig zu Recht in seinen Forderungen an die neue Regierung verlangt, daß die bei Wechselkursänderungen möglichen Preissenkun-

gen sich voll auf die Verbraucherpreise auswirken müssen. Sonst würden die Großimporteure bzw. der Staat viele Milliarden DM zusätzlich in die Taschen wirtschaften. Die Importfirmen sollten, wenn sie die neuen Preise nicht an die Verbraucher weitergeben wollen, um den Verbillingssatz steuerlich belastet werden. Die dann einkommenden Milliarden könnte der Staat für die Subventionierung bei Preisen verwenden.

In diesem Zusammenhang eine weitere Bemerkung zu den Preisen. Die Preise sind u. a. darum so schnell gestiegen, weil es im Vergleich zum gewaltigen Exportangebot einen relativ geringen Wareneinsatz auf dem inneren Markt gab und auch noch gibt. Die Unternehmer konnten bei der Waren Nachfrage die Preise leichter treiben. Dieser Vorgang zeigt sich schon seit vielen Monaten. Das Unternehmerargument, wonach angeblich die Löhne die Preise treiben, ist auch von dieser Seite her widerlegt. Die Aufwertung sollte daher benutzt werden, um den inneren Markt besser mit billigeren und hochwertigen Waren zu beliefern.

Der DGB hat in seinen bereits erwähnten Forderungen an die Regierung eine Reduzierung der außenwirtschaftlichen Überschüsse auf 1,5 Prozent des Sozialprodukts verlangt. Eine solche wirtschaftspolitische Umorientierung von der jetzt einseitig auf Waren- und Kapitalexport festgelegten Außenwirtschaft auf eine stärkere Beachtung des inneren Marktes könnte auf längere Sicht auch eine preisdämpfende Wirkung zeitigen. Vor allem aber würden wir in der Bundesrepublik nicht mehr zugunsten des Kapitalexports und einer wirtschaftlichen Großmachtpolitik unter unseren Möglichkeiten leben müssen.

Der DGB und die meisten Gewerkschaften haben die Aufwertung ziemlich kritiklos begrüßt. Wie aber honoriert Prof. Schiller das Verhalten der Gewerkschaften? Schiller verfolgt mit seiner Aufwertungspropaganda offensichtlich das Ziel, die Gewerkschaften zu Verzichten bezüglich der Höhe ihrer Lohnforderungen zu bewegen. Die Gewerkschaften sollten sich aber ihre Lohnforderungen nicht durch fragliche Aufwertungswirkungen bei den Prei-

sen (möglichlicherweise erst im Spätherbst 1970!) abkaufen lassen. Es geht vielmehr darum, den zur Abdeckung der Verluste für die Bauern angekündigten höheren Mehrwertsteuersatz für Agrarprodukte abzuwehren, da eine preistreibende Wirkung unausweichlich wäre.

In der Wahlkampfzeit wurde oft das wirkungsvolle Argument gebraucht, daß nach einer DM-Aufwertung z. B. bei Auslandsreisen der „kleine Mann“ über eine dickere Brieftasche verfügen könnte. Vom Aufwertungssatz her ist das sogar richtig. Um diesen Aufwertungseffekt sollte daher auch hart gekämpft werden. Aber die kapitalistische Profitwirklichkeit beim großen Touristengeschäft läßt auch auf diesem Gebiet manches in einem trüben Lichte erscheinen. Hinzu kommt, daß alle Reisekosten — Bahnfahrt, Flugpreis oder Reiseleitung — unverändert in D-Mark aufgebracht werden müssen.

Vor der Presse betonte Minister Schiller am Abend des 24. Oktober: „Stabilität kann weh tun, Stabilität erfordert Opfer.“ Hier gilt es klarzustellen, wer opfern soll. Zahlen und opfern müssen endlich einmal die Superreichen, die Konzerne, die Spekulanten! Die Kosten dieser Währungsregelung sind sehr hoch. Sie gehen in die Milliarden. Allein die Verluste der Bundesbank werden mit rund 5 Milliarden D-Mark angegeben. Sie müssen im Laufe der nächsten Jahre aus den Mitteln des Bundesrats abgedeckt werden.

Wie man die Aufwertung und ihre Folgen auch einschätzt, letzten Endes gibt es nur ein Ergebnis: Das arbeitende Volk soll die Lasten dieser Aufwertung mit Verzichten bezahlen.

Währungskrisen und Inflation gehören zum Spätkapitalismus. Der inflationsistischen Entwertung der Währungen kann entgegengewirkt werden, wenn vor allem die staatlich sanktionierte Verschwendug des Nationaleinkommens für die Rüstungs- und Expansionspolitik beendet, das staatlich geförderte monopolistische Preisdictat verhindert und die Spekulation energisch bekämpft wird. Angesichts der tiefen Krise des kapitalistischen Währungssystems kann eines schon mit Sicherheit gesagt werden: Die nächste Währungskrise kommt bestimmt.

Nach der ersten Aufwertung der D-Mark vor einigen Jahren dauerte es nicht lange, bis das Verlangen nach neuen Paritäten hörbar wurde. Die Arbeiterbewegung darf darum die Hoffnung nicht auf die trüben Auswirkungen von Währungsmanipulationen, Auf- oder Abwertungen setzen. Sie muß zum Hauptinstrument einer ständigen Verbesserung des Lebensstandards und eines höheren Anteils am Nationaleinkommen den Kampf für höhere Löhne und bessere Sozialleistungen machen.

F. Rische

Diktat der Kohleunternehmer

Hausbrandkohle wurde am stärksten verteuert Preispolitik der Ruhrkohle AG gefährdet Strompreise

Die Verbraucher in der Bundesrepublik stehen vor einer neuen Preiswelle, die alles bisher Dagewesene zu übertreffen droht. Fast alle Wirtschaftsbereiche haben Preiserhöhungen angekündigt bzw. schon vorgenommen. Der Zeitpunkt, den die Unternehmen für ihre Preismanipulationen wählten, war schon lange bekannt: die Wochen nach der Bundestagswahl. Die Bergbaukonzerne zum Beispiel ließen nur ganze fünf Tage verstreichen, um nach dem 28. September ihre Absicht wahrzumachen, die Preise für Kohle, Koks und Briketts drastisch heraufzusetzen.

Den Umfang der Preiserhöhungen bestimmten wieder einmal die großen Konzerne an Rhein und Ruhr. Unter Mißbrauch seiner Monopolstellung verteuerte der Ruhrbergbau ab 1. November Steinkohlen um durchschnittlich 7,50 DM je Tonne, Briketts um 9,70 DM und Koks um 15,40 DM. Damit erhöhten sich die Preise für Steinkohle und Briketts um rund 11 Prozent und für Koks zwischen 15 und 19 Prozent.

Wie nicht anders zu erwarten, begründeten die Konzernherren ihr neuerliches Preisdiktat mit dem jüngsten Tarifabschluß, der den Bergarbeitern nach Jahren des Lohnstopps bzw. der Mini-Lohnerhöhungen eine Anhebung der Schichtverdienste um 3,50 DM gebracht hat, was einer Tariflohnernhöhung von durchschnittlich 10 Prozent entspricht. Dieser Mehrbelastung von 375 Millionen DM stehen nach Angaben des Gesamtverbandes Steinkohlenbergbau jedoch Rationalisierungsgewinne von rund 400 Millionen DM gegenüber. Ergo: die Kosten für den Tarifabschluß machen noch nicht einmal den Umfang der anfallenden Rationalisierungsgewinne aus.

Aber selbst wenn man ab 1. Januar 1970 weitere 175 Millionen DM für Tarifkosten hinzurechnet, die Produktivitätsgewinne einmal ausklammert, die staatlichen Milliarden-Zuschüsse für den Bergbau vergißt und ferner davon ausgeht, daß die Riesenprofite weiterhin ungeschmälert in die Taschen der Großaktionäre fließen, so hätten die Preiserhöhungen für Kohle, Koks und Briketts bestenfalls 2 bis 3 Prozent betragen dürfen. Da jedoch die Verteuerungen bis zu 19 Prozent hinaufgehen, bleibt nur die Schlüffolgerung, daß die Kohlenunternehmer mit den Tarifvereinbarungen, die übrigens weit hinter den Vorstellungen der Bergarbeiter zurückgeblieben sind, wieder einmal ein Bombengeschäft zu machen gedenken. Eine Praxis also, die bislang noch immer die Billigung Bonns gefunden hat und auch in Einklang mit der konzentrierten Aktion steht, die damit — wie bisher — der Absicherung und Erhöhung der Maximalprofite der Unternehmer dient.

Das Preisdiktat der Bergbaukonzerne trifft in erster Linie die Bezieher von Hausbrandkohle, d. h. die Millionen Verbraucher, während die Großabnehmer (Stahlindustrie, Elektrizitätswirtschaft usw.) verhältnismäßig gelinde davonkommen. Heinz P. Kemper, Aufsichtsratsvorsitzender der Ruhrkohle AG, mußte einräumen, Preissteigerungen ließen sich am leichtesten im Hausbrandbereich realisieren. Zwei Faktoren sind es, die den Konzernen ihre profitorientierte Preispolitik erleichtern: 1. leichtes Heizöl in kleinen Mengen wird kaum wesentlich billiger angeboten als Hausbrandkohle; 2. besonders bei Hausbrandkoks bestehen nach Angaben des Brennstoffhandels „katastrophale“ Versorgungsschwierigkeiten. Diese Markt situation ist vom Bergbau auch prompt ausgenutzt worden.

Die Preiserhöhungen für Kohle und Koks dürften nicht ohne Folgen für die Preisgestaltung in anderen Wirtschaftsbereichen bleiben. So erklärte die Vereinigung Deutscher Elektrizitätswerke (VDEW), die Stabilität der Strompreise sei gefährdet, da ein Viertel der gesamten Stromerzeugung auf Kraftwerke entfalle, die voll von einer Erhöhung der Steinkohlen-Preise betroffen würden. Bei dieser Belastung müsse erwartet werden, daß die Kostensteigerungen von den Elektrizitätswerken kaum noch aufgefangen werden könnten.

Das Vorgehen der Bergbauunternehmer macht nur einmal mehr deutlich, daß sich die privatkapitalistische Ruhrkohle AG in ihren Geschäftspraktiken durch nichts von den bisherigen Einzelgesellschaften unterscheide. Vor dieser Erkenntnis sollte die IG Bergbau und Energie nicht die Augen verschließen. Deshalb bietet sich auch nur eine Konsequenz an: Die Ruhrkohle AG und darüber hinaus nach Möglichkeit die gesamte westdeutsche Energiewirtschaft müssen durchgreifend demokratisiert werden. Wenn schon die Öffentlichkeit den Bergbau mit Milliarden-Summen unterstützen muß, dann muß ihr auch das Recht eingeräumt werden, über jede Maßnahme der Ruhrkohle AG mitzuscheiden. Nur dieser Weg bietet eine wirkliche Gewähr dafür, daß sich die Bergbauwirtschaft künftig an den Interessen der gesamten Volkswirtschaft und der Allgemeinheit orientiert.

G. B.

DGB: Neuordnung der beamtenrechtlichen Versorgung

Der Deutsche Gewerkschaftsbund sieht die Neuordnung der beamtenrechtlichen Versorgung als vordringlich an. Wie der Bundesvorstand Ende Oktober 1969 mitteilte, soll diese fällige Neuordnung dazu dienen, vorhandene Ungerechtigkeiten und Härten zu beseitigen, die versorgungsrechtlichen Leistungen an die wirtschafts- und gesellschaftspolitische Entwicklung anzupassen und die Anwendung der Vorschriften unter Verringerung vorhandener Ermessensentscheidungen rationeller zu gestalten.

Insbesondere fordert der DGB eine Neugestaltung der Vorschriften über die ruhegehaltähigen Dienstzeiten, eine Verbesserung der Ruhegehaltsätze, des Witwen- und Waisengeldes, eine Erhöhung der Mindestversorgung und die Herabsetzung der Altersgrenze für den Ruhegehaltsbezug auf 60 Jahre. An die neue Bundesregierung richtete der DGB die Aufrichtung, diesen Fragen die besondere Aufmerksamkeit zu schenken und entsprechend initiativ zu werden.

DGB fordert Preissenkungen

In einem Telegramm an Bundeskanzler Brandt sprach der Deutsche Gewerkschaftsbund Ende Oktober die Erwartung aus, daß die preissenkenden Wirkungen der DM-Aufwertung voll auf die Verbraucherpreise für Agrarprodukte durchschlagen. Die Bundesregierung dürfe keine Maßnahmen billigen, durch die die preislichen Vorteile der Aufwertung auf diesem gerade für die einkommensschwächeren Verbraucher wichtigsten Sektor nicht voll zur Entfaltung kommen können.

Gespräch IGM — Gesamtmetall

Der Vorstand der Industriegewerkschaft Metall kommt am 14. November 1969 in Krefeld mit Vertretern des Gesamtverbandes Metallindustrieller Arbeitgeberverbände zusammen. Das Gespräch war schon vor längerer Zeit vereinbart worden. Wie die Gewerkschaft dazu mitteilte, dient es der Absicht, auch außerhalb von Tarifauseinandersetzungen „Verbindung zu halten“ und gemeinsam interessierende Fragen zu diskutieren.

Soziologie zurechtgebogen

Fragwürdige Untersuchung der Chemie-Unternehmer „Wissenschaft“ gegen Mitbestimmung bemüht

Der Versuch der Unternehmerverbände in der Bundesrepublik, die Arbeiterschaft und ihre Gewerkschaften immer stärker in das staatsmonopolistische System zu integrieren, wird auf vielen Ebenen betrieben, und man bedient sich dabei auch sogenannter soziologischer Untersuchungen. Wie zweifelhaft diese manchmal sind, zeigt ein Beispiel der chemischen Industrie.

Vor einiger Zeit wurden die Ergebnisse einer „umfangreichen wissenschaftlichen Untersuchung der sozialen Lage der Chemiearbeiter im rationalisierten und automatisierten Chemiebetrieb“ in der bundesdeutschen Presse publiziert. Daß diese Untersuchungen unter Leitung Professor Dr. Fürstenbergs, Ordinarius an der Hochschule für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften in Linz, wie es im Industriekurier vom 8. Mai 1969 heißt, „in völliger wissenschaftlicher Unabhängigkeit durchgeführt“ sein sollen, scheint sehr fragwürdig, wenn man zugleich erfährt, daß die Ergebnisse von der Mitgliederversammlung des Arbeitsrings der Arbeitgeberverbände der Deutschen Chemieindustrie der Öffentlichkeit übergeben wurden.

Charakteristisch für die Methode war das Fehlen jeglicher objektiver Kriterien bei der Interpretation gesellschaftlicher Erscheinungen. So wurde, um das recht dürftige Ergebnis zu erhalten, daß zwei Drittel der bei dieser Untersuchung befragten Chemiearbeiter den technischen Fortschritt bejahen, unter anderem die indirekte Frage gestellt: „Welche Vorteile bietet Ihrer Meinung nach die Arbeit, die Sie tun?“ Bezeichnenderweise wurde nicht gefragt, wem die Arbeit der Chemiearbeiter Vorteile bringt. Und aus der demagogischen Frage: „Würden Sie lieber eine andere Arbeit tun?“, die in 67 Prozent der Antworten verneint wurde, leitete man eines der „wichtigsten Ergebnisse“ ab, nämlich daß die „individuelle Arbeitsplatz-Zufriedenheit“ mit dem betrieblich erreichten Niveau des technischen Fortschrittes wächst.

Damit aber will die angeblich unabhängige durchgeföhrte Untersuchung den Beweis führen, daß „die These von der wachsenden Entfremdung des Industriearbeiters durch die moderne Industriearbeit“ hinsichtlich des persönlichen Arbeitserlebnisses eindeutig widerlegt sei. Zweifellos wäre die Antwort der Chemiearbeiter anders ausgefallen, wenn man sie gefragt hätte nach dem Grad der Befriedigung ihrer materiellen und geistigen Bedürfnisse, nach der Möglichkeit, aktiv die wirtschaftlichen und politischen Prozesse mitzubestimmen. In den Antworten wären dann die Klas-

sengegensätze in der westdeutschen Gesellschaft deutlich geworden.

Die soziologische Untersuchung weist aber noch einen ganz speziellen politischen Aspekt auf, indem sie als ein wesentliches Ergebnis ihrer „Bemühungen“ feststellt: „Eine gesellschaftspolitische Konzeption der Mitbestimmung, wie sie gegenwärtig seitens der Gewerkschaft vertreten wird, ist zur Zeit nur bei einer kleinen Minderheit nachzuweisen.“ Eine entsprechend formulierte Frage ergab nämlich, daß 60 Prozent der Befragten die Mitbestimmung nur als eine „arbeitsplatz- oder betriebsbezogene Angelegenheit“ betrachten. Dieses Ergebnis entspricht natürlich haargenau dem Wunschenken der Manager, der Konzerne und Unternehmerverbände.

Kurt Hansen, Konzernchef der Farbenfabriken Bayer AG, Leverkusen, erklärte auf der letzten Hauptversammlung am 30. Mai 1969, „Mitwirken und Mitverantwortung am Arbeitsplatz ist nach unserer Meinung (der Meinung der Konzernherren natürlich — d. V.) der eigentlich wahre Wunsch der Belegschaft. Die erweiterte Mitbestimmung nach dem Montan-Modell bringt uns der Lösung dieser Probleme nicht näher.“

Danach also erstreben die Arbeiter in der Bundesrepublik nichts sehnlicher, als Mitverantwortung für etwas zu tragen, über das sie nicht mitbestimmen dürfen. Dabei ist es ohnehin schon so, daß die Arbeiter und Angestellten die Mitverantwortung für Fehlleistungen der Unternehmensleitung wie auch für die Fehler und Schwächen des kapitalistischen Wirtschaftssystems seit jeher durch den Verlust des Arbeitsplatzes oder durch Arbeitsplatzwechsel getragen haben.

In den soziologischen Untersuchungen des Professors Dr. Fürstenberg wird natürlich der Versuch unternommen, die Mitbestimmungsvorstellungen des Bayer-Chefs Hansen wissenschaftlich zu begründen. An Stelle wirksamer Mitbestimmungsrechte wird empfohlen, den Arbeitern Eigenverantwortung für Arbeitsgestaltung und Arbeitsablauf in ihrem Bereich zu übertragen, sie stärker in das betriebliche Informationssystem einzubeziehen und eine aktive soziale Betriebspolitik mit dem Ziel einer umfassenden Mit-

arbeiterförderung zu entwickeln. Selbstverständlich ohne daß die bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse auch nur angetastet werden.

Auf der Hauptversammlung des Bayer-Konzerns konnte der Vorsitzende Hansen den Aktionären mitteilen, daß der Jahresgewinn des Unternehmens gegenüber dem Vorjahr um 89 Millionen auf 256 Millionen DM, das sind rund 33½ Prozent, gestiegen ist. Dieser Zuwachs an Profiten, versicherte Hansen, erlaube es, den Kapitalbesitzern „die von ihnen sicher begrüßte Erhöhung der diesjährigen Gewinnausschüttung von Dividenden und Bonus von zusammen 15 Prozent vorzuschlagen“.

So glauben der Bayer-Chef und der „unabhängige“ Professor, beide Teile wären zufrieden: Die Arbeiter mit ihrem Arbeitsplatz und die Aktionäre mit ihrem Profit. Stellt man aber die Profitrate der Kapitalbesitzer den Einkommen der Arbeiter und Angestellten der Farbwerke Bayer AG gegenüber, dann wird man auch ohne soziologische Untersuchung den Klassencharakter unserer Gesellschaft feststellen und die Folgerung ziehen müssen, daß nicht mehr Verantwortung der Arbeiter und Angestellten, sondern mehr Mitbestimmung die gewerkschaftliche Forderung unserer Zeit ist.

L. M.

Qualifizierte Mitbestimmung bei der Neuen Heimat

Bei der gewerkschaftseigenen Unternehmengruppe Neue Heimat, Hamburg, wurde am 29. Oktober 1969 — noch vor einer gesetzlichen Regelung — die qualifizierte Mitbestimmung eingeführt. Es ist dies der erste gewerkschaftseigene Betrieb, bei dem diese Regelung getroffen wurde. Eine entsprechende Vereinbarung wurde zwischen dem DGB als Vertreter aller Anteilseigner der Neuen Heimat und der IG Bau-Steine-Erden sowie der Gewerkschaft Handel-Banken-Versicherungen als Vertreter der Arbeitnehmer abgeschlossen. Während der bisherige Aufsichtsrat der Neuen Heimat aus 27 Mitgliedern bestand, von denen ein Drittel Arbeitnehmervertreter waren, setzt sich der neu gewählte Aufsichtsrat aus zehn Vertretern der Anteilseigner und zehn Vertretern der Arbeiter und Angestellten der Neuen Heimat sowie einem weiteren Mitglied zusammen.

Die 20 neugewählten Aufsichtsratsmitglieder wählten als weiteres Mitglied den DGB-Vorsitzenden Heinz Oskar Vetter hinzu und beriefen ihn dann zum Aufsichtsratsvorsitzenden.

Zu niedriges Rentenniveau

Daten und Fakten aus dem Sozialbericht 1969 Unangenehme Zahlen ließ man einfach fort

Nach dem Sozialbericht 1969 der Bundesregierung betragen die Durchschnittsrenten in der Rentenversicherung der Arbeiter 294,80 DM und in der Rentenversicherung der Angestellten 505,80 DM. Damit erreichten die Versicherungsrenten im März 1969 nur 31 bzw. 53,2 Prozent der jeweiligen Durchschnittsverdienste der Arbeiter und Angestellten im Jahre 1967. Von den Rentenempfängern entfielen auf die Rentenversicherung der Arbeiter 69,2 Prozent, auf die Angestelltenversicherung 23,1 Prozent und auf die Knappschaftsversicherung 7,7 Prozent.

Im einzelnen erreichten die Renten im März 1969 nach dem von der Bundesregierung vorgelegten Sozialbericht folgende Höhe:

Rentenversicherung der Arbeiter:

Berufsunfähigkeitsrente	169,70 DM
Erwerbsunfähigkeitsrente	245,40 DM
Altersruhegeld ab 65 J.	331,60 DM
— ab 60 J. an Arbeitslose	465,80 DM
— ab 60 J. an Frauen	230,— DM
Witwenrente	233,40 DM

Angestellten-Versicherung:

Berufsunfähigkeitsrente	214,30 DM
Erwerbsunfähigkeitsrente	350,50 DM
Altersruhegeld ab 65 J.	573,30 DM
— ab 60 J. an Arbeitslose	644,80 DM
— ab 60 J. an Frauen	454,60 DM
Witwenrente	347,30 DM

Eine gegliederte Übersicht der Renten nach Zahl und Höhe, wie sie im Sozialbericht 1968 erstmals veröffentlicht wurde, fehlt leider im Sozialbericht für 1969. Es ist zu vermuten, daß der Bundesregierung eine derartige Übersicht über die soziale Situation in der Bundesrepublik zu aussagekräftig ist. Aus dem Sozialbericht 1968 hatte sich nämlich ergeben, daß am 1. April 1968 in der Arbeiterrenten- und Angestelltenversicherung von den 4,7 Millionen Vollrentenbeziehern nur 188 400 oder 4 Prozent eine Rente von 800 DM und darüber erreichten, während fast 2,6 Millionen oder knapp 55 Prozent mit weniger als 300 DM im Monat ihr Leben fristen mußten. Von den knapp 2,9 Millionen Witwenrenten erreichten nur 4,4 Prozent im Monat 480 D-Mark oder mehr, aber 72,4 Prozent noch nicht einmal 300 DM.

Der Sozialbericht 1969 enthält dafür aber eine umfangreiche Übersicht über die geschätzte finanzielle Entwicklung der gesetzlichen Rentenversicherung bis zum Jahr 1985. Dieser Schätzung liegen die mit dem dritten Rentenversicherungs-Änderungsgesetz beschlossenen Maßnahmen zugrunde — das heißt, Beitragserhöhung auf 18 Prozent und Finanzausgleich innerhalb der Rentenversicherungen — die nach offizieller Verlautbarung nicht nur „sicher durch die 70er Jahre“, sondern auch über den Rentenberg führen sollen.

Nach den bisherigen Erfahrungen ist bei diesen Voraussagen eine gute Portion Skepsis angebracht. So wurde z. B. im Sozialbericht 1968 für das Jahr 1969 in der Arbeiterrenten- und Angestelltenversicherung ein Defizit von fast 1,7 Mrd. DM vorausgeschätzt. Im Sozialbericht 1969 hat sich dieses Defizit um fast eine Milliarde auf 758 Mill. DM, also um fast 60 Prozent, verringert.

Bis Ende 1968 ging das Vermögen der Rentenversicherung, das mit 28 Mrd. DM 1966 seinen Höchststand erreichte, auf 23,8 Mrd. DM zurück. Diese Entwicklung ist jedoch in den beiden Hauptzweigen der Rentenversicherung unterschiedlich verlaufen: Während von Ende 1966 bis Ausgang 1968 das Vermögen der Rentenversicherung der Arbeiter sich von 16 auf 10,6 Mrd. DM verminderte, ist es in der Angestelltenversicherung von 11,3 auf 12,5 Milliarden DM angestiegen. Auch für das Jahr 1969 wird für die Arbeiterrentenversicherung ein Defizit von 1,5 Mrd. DM und für die Angestelltenversicherung ein Überschuß von 754 Millionen DM erwartet.

Bei den Schätzungen für die Einnahmen und Ausgaben im laufenden Jahr geht der Sozialbericht erneut von einem starken Rückgang der staatlichen Zuschüsse zu den Gesamtausgaben der Rentenversicherung aus. 1957 betrugen die Zuschüsse des Bundes für die Arbeiterrenten- und Angestelltenversicherung noch 30,9 Prozent der Gesamtausgaben. Dieser Anteil wird für 1969 nur noch mit 16 Prozent veranschlagt. Wenn diese Entwicklung nicht gestoppt wird, besteht die Gefahr, daß sich der Staat immer mehr seiner Verpflichtungen gegenüber der Rentenversicherungen entzieht und die Lasten schließlich ganz den Arbeitnehmern aufgebürdet werden.

Die jährliche Rentenveränderung, in der Bundesrepublik als eine ganz besonders soziale Praxis vom Establishment gelobt, hat nicht verhindert, daß die Renten um drei bis vier Jahre hinter der Entwicklung der Löhne und Gehälter und hinter der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung zurückblieben. Der alte und neue Wirt-

schaftsminister Schiller schätzt die Größe des Sozialproduktes in der Bundesrepublik in diesem Jahr auf rund 580 Mrd. DM. Das wäre ein Zuwachs von 160,5 Prozent gegenüber 1957, dem Jahr der Rentenreform, mit einem Sozialprodukt von 213,6 Mrd. D-Mark. Mit der nächstfälligen zwölfjährigen Rentenveränderung aber erreichen die Sozialrenten einen Stand von brutto 128,45 Prozent gegenüber 1957, wobei diese Erhöhung noch durch den 2prozentigen Krankenversicherungsbeitrag gemindert wird.

Mit 6,35 Prozent Rentenerhöhung ist die nächste Rentenveränderung die niedrigste seit 1962. Das ist eine Folge der Stagnation der Lohn- und Gehaltsentwicklung in den vergangenen Jahren. Eine aktive Lohnpolitik der Gewerkschaften wirkt sich also in zweifacher Hinsicht für die Rentner

Besser informiert durch NACHRICHTEN

aus: erstens steigen die Beitragseinnahmen der Rentenversicherung und zweitens mit der Bemessungsgrundlage für die Renten auch die Sätze der jährlichen Rentenveränderung.

Die am 1. Januar 1970 fällige Steigerung der Renten um 6,35 Prozent beträgt in Geld ausgedrückt in der Arbeiterrentenversicherung bei den Versichertenrenten pro Monat 18,70 DM und bei den Witwenrenten 14,80 DM. In der Angestelltenversicherung lauten die Zahlen 32,10 DM bei den Versichertenrenten und 22,60 DM bei den Witwenrenten. Das bedeutet also keine fühlbare Rentenerhöhung, obwohl die Rentner eine kräftige Erhöhung ihrer Renten gerade jetzt bitter nötig haben. Von September 1968 bis 1969 stiegen die Lebenshaltungskosten für Rentner und Empfänger von Sozialhilfe um 4 Prozent. Darin sind jedoch die Preiserhöhungen für Kohlen, Winterkartoffeln und viele andere Dinge, die entweder schon erfolgt oder angekündigt sind, noch nicht enthalten.

Um so dringlicher ist die Forderung des Deutschen Gewerkschaftsbundes, die Renten so zu verbessern, daß auch die Arbeiter und Angestellten nach 35jähriger Tätigkeit 75 Prozent ihres Arbeitsverdienstes als Altersruhegeld beziehen. Als erstes aber ist von der neuen SPD/FDP-Koalitionsregierung zu erwarten, daß sie sofort den unsozialen Krankenversicherungsbeitrag für Sozialrentner aufhebt. Bö.

Arbeiter - Bauern - EWG

Bauern verdienen 30 Prozent weniger als Arbeiter Über einige Probleme in der Landwirtschaft

Für einen Kurswechsel in der EWG-, Agrar- und Wirtschaftspolitik ist der Zeitpunkt günstig. Franc-Abwertung und DM-Aufwertung haben gezeigt, daß es den Regierungen der sechs EWG-Mitgliedsländer seit Unterzeichnung des EWG-Vertrages am 25. März 1957 nicht gelungen ist, „eine ausgewogene Wirtschaftsentwicklung und größere Stabilität“ (Art. 2 des EWG-Vertrages) sowie eine „Erhöhung des Pro-Kopf-Einkommens der Bauern, stabile Agrarmärkte und die Belieferung der Verbraucher zu angemessenen Preisen“ (Art. 39) herbeizuführen.

Die Bauern haben ihre Produktivität in den letzten 15 Jahren um über 200 Prozent gesteigert. Ihre Einkommen aber liegen um 30 Prozent unter den Durchschnittslöhnen der Industriearbeiter, während die Verbraucherpreise ständig in die Höhe klettern. Statt den Ursachen dieser Entwicklung auf den Grund zu gehen, machen es sich manche Arbeiter- und Gewerkschaftsfunktionäre etwas zu leicht, wenn sie den Bauern vorwerfen, sie produzierten ihre eigenen Schwierigkeiten und belasteten damit auch noch die Verbraucher, weil sie an überholtten Produktionsstrukturen festhielten.

Stimmte diese Behauptung, müßte es den amerikanischen Farmern sehr gut gehen, sie könnten auf Subventionen verzichten und die amerikanischen Verbraucher in den Genuß niedriger Lebensmittelpreise kommen. Das Gegenteil ist der Fall trotz Großraumwirtschaft und modernster Technik.

Die Farmer-Einkommen liegen bis zu 50 Prozent unter den Löhnen der Industriearbeiter, obwohl die Subventionen europäische Größenordnungen übersteigen. Andererseits muß die Bevölkerung in den USA unter allen Verbraucherausgaben gerade für steigende Lebensmittelpreise am meisten bezahlen. Gleichzeitig droht das Land an seinen Nahrungsmittelüberschüssen zu ersticken.

Monopole bestimmen die Preise

Wie sieht es in dieser Hinsicht in der Bundesrepublik aus? Trotz sinkender Erzeugerpreise bei Getreide, Milch, Fleisch, Obst, Gemüse, Eiern und Geflügel durch EWG-Marktordnungen und Importdruck geben die Verbraucher in den Städten für Lebensmittel aus der inländischen Erzeugung jährlich mehr aus. Im vergangenen Jahr waren es rund 49 Mrd. DM. Die Bauern erhielten davon jedoch nur 5 bis 6 Mrd. DM. Die Differenz steckten die Nahrungsmittel- und Handelskonzerne sowie die Banken ein.

Der Lebensmittel-Sortimentsgroßhandel erhöhte 1968 seinen Umsatz um 10 Prozent auf 23 Mrd. DM. Daran ist

allein die deutsche Unilever-Gruppe mit rund 4 Mrd. DM und einem Netto-Gewinn von rund 200 Mill. DM beteiligt. Andere Lebensmittelkonzerne wie Oetker erfreuen sich einer ähnlichen Umsatz- und Gewinnentwicklung. Sie profitieren an den niedrigen inländischen landwirtschaftlichen Erzeugerpreisen ebenso wie an den billigen Nahrungsmittel-Importen. Als am 1. Juli 1967 durch EWG-Beschluß der westdeutsche Getreidepreis um 50 DM/t auf 425 DM gesenkt und damit dem niedrigeren französischen Getreidepreis angepaßt wurde, wurden Brot- und Backwaren nicht billiger, sondern teurer. Daran änderte sich auch nichts, als im vergangenen und in diesem Jahr französisches Getreide zu Dumping-Preisen massenhaft in die Bundesrepublik strömte.

Die Verbraucherpreise wie auch die Einkommensverhältnisse der Bauern sind also nicht in erster Linie eine Frage der Betriebsstruktur, sondern eine Frage, in welchem Maße es der arbeitenden Bevölkerung in Stadt und Land gelingt, zu ihrem gemeinsamen Nutzen auf die Wirtschaftspolitik einzutreten. Dabei kommt dem gemeinsam organisierten Kampf von Arbeitern und Bauern um echte Mitbestimmung in den marktbeherrschenden Unternehmen der Ernährungswirtschaft sowie in der Metall- und Chemie-Industrie besondere Bedeutung zu, weil so am wirksamsten die Verarbeitungs-, Handels- und Gewinnspannen kontrolliert und auf die Erzeuger- und Verbraucherpreisbildung sowie auf gerechte Löhne und Einkommen Einfluß genommen werden kann.

Die aktuelle Bedeutung dieser Forderung für die Bauern ergibt sich auch daraus, daß sie von ihren Betriebsausgaben in Höhe von 20,1 Mrd. D-Mark im Wirtschaftsjahr 1967/68 allein 74 Prozent für Produktionsmittel ausgeben. Steigende Betriebsmittelpreise bei sinkenden Erzeugerpreisen trieben die Schuldenlast der Bauern im letzten Wirtschaftsjahr auf 26 Mrd. DM. Im gleichen Jahr wurden ihnen 1,5 Mrd. DM an Zinsen abverlangt. Diese Summe entspricht einem Durchschnittseinkommen von 555 000 Bauern.

Zweifellos würde die gemeinsame Nutzung von Maschinen, Boden und Ställen die Produktionskosten der Bauern senken und ihre Arbeitsbedingungen erleichtern. Viele von ihnen haben sich deshalb schon zu entsprechenden Gemeinschaften zusammengeschlossen. Was nützen ihnen aber ihre Zusammenschlüsse, wenn über erhöhte Steuerbelastungen und Dumping-Einfuhren sowie durch steigende Betriebsmittelpreise der Gewinn des Zusammenschlusses wieder verlorengeht?

Demokratisierung vorantreiben

Unter den gegenwärtigen Bedingungen wird es den Bauern nahezu unmöglich gemacht, sich in eigenen genossenschaftlichen Verarbeitungs- und Absatzgemeinschaften zusammenzuschließen, den Endverbraucher direkt zu beliefern und damit auf gerechte Preise für Erzeuger und Verbraucher hinzuwirken.

Die Realitäten zeigen also: Erst in dem Umfang, wie der gesellschaftliche Demokratisierungsprozeß durch das gemeinsame Vorgehen von Arbeitern und Bauern auf allen Ebenen vorangetrieben wird, können sich bürgerliche Zusammenschlüsse zum Vorteil von Erzeugern und Verbrauchern voll auswirken.

Eine aktuelle Aufgabe ist es, die Zielprojektion der EWG-Ministerialbürokratie zu revidieren, wonach über 5 Mill. Bauern und 5 Mill. ha Land (in der Bundesrepublik 1,5 Mill. Bauern) bis zum Jahre 1980 der Erzeugung für den Markt entzogen werden sollen, um so die Nahrungsmittelproduktion und die Überschüsse zu drosseln, damit über ein verminderteres Angebot die Erzeugerpreise steigen und die restlichen Bauern eine Angleichung ihrer Einkommen an die durchschnittlichen Industriearbeiterlöhne vornehmen können.

Eine reale Agrarpolitik muß sich am heutigen und künftigen Weltnahrungsmittelbedarf orientieren. Das heißt, daß neben der EWG die Agrarerzeugung auf Jahrzehnte hinaus in allen leistungsfähigen Ländern gesteigert werden muß, um den Hunger auf vielen Kontinenten zu beseitigen und den Bedarf einer wachsenden Weltbevölkerung zu decken. Zur Finanzierung dieses Bedarfs müssen jedoch die Rüstungskosten in Höhe von jährlich 640 Mrd. DM in 120 Ländern beträchtlich gekürzt werden. Das setzt Entspannung, Abrüstung und internationale Zusammenarbeit voraus sowie die Bereitschaft, militärische Pakt-systeme aufzulösen. So sind auch die Probleme der Landwirtschaft eingebettet in eine Friedenspolitik, die es gemeinsam von Arbeitern, Angestellten und Bauern durchzusetzen gilt.

Rudi Schuster

GHK will tabus überwinden

Gegen bedingungslose Teilnahme an konzertierter Aktion Dortmunder Kongreß der Gewerkschaft Holz und Kunststoff

Sinnvolle Gewerkschaftsarbeit, erklärte der 1. Vorsitzende der Gewerkschaft Holz und Kunststoff, Gerhard Vater, auf dem 8. Ordentlichen Gewerkschaftstag Anfang November in Dortmund, könne heute nur geleistet werden, wenn man auch zum politischen Engagement bereit sei. „Lammfromme und gleichgeschaltete Gewerkschaften“ seien keine Bereicherung für die Demokratie.

Der Kongreß im Goldsaal der Westfalenhalle war unter diesem Aspekt zweifellos ein Gewinn für die Demokratie. Friedenspolitik und umfassende gesellschaftliche Reformen im Innern, Einführung der qualifizierten Mitbestimmung und Verbesserung des Betriebsverfassungsgesetzes, Verwirklichung des sozialen Rechtsstaates, wie ihn das Grundgesetz einst projizierte, standen im Mittelpunkt dieses Kongresses. Der Regierungswechsel in Bonn wurde begrüßt, der neuen Regierung aber gleichzeitig von Gerhard Vater und dem DGB-Vorsitzenden Vetter angesagt, daß man sie nicht nach ihren Worten, sondern nach ihren Taten beurteilen werde.

Die 123 Delegierten, die auf diesem Kongreß 25 000 Mitglieder vertraten, hatten mit mehr als 200 Anträgen zu innergewerkschaftlichen, sozialen und politischen Themen ein umfangreiches Programm abzuwickeln. Gerhard Vater wurde mit 105 von 123 Stimmen erneut zum 1. Vorsitzenden der GHK gewählt. Seine Stellvertreter Kurt Georgi erhielten 112 und Karlheinz Schwark 107 Stimmen. Kassierer Grzonka wurde mit 114 Stimmen wiedergewählt.

Einschneidende Veränderungen erfuhr die Satzung der Gewerkschaft. Die Gewerkschaftstage werden von nun ab in vier statt dreijährigem Rhythmus erfolgen. Gewerkschaftlicher Rechtsschutz soll auch über den sozialen Bereich hinaus gewährt werden, wenn ein Mitglied durch seine gewerkschaftspolitische oder betriebliche Tätigkeit eines solchen Schutzes bedarf. Der Gewerkschaftstag beschloß die Erhöhung der Streikunterstützung.

An die Stelle der bisherigen Invalidenunterstützung tritt jetzt ein sogenanntes Treuegeld. Neu eingeführt wurde eine Freizeit-Unfall-Versicherung. Paragraph 48 der Satzung ermächtigt den Hauptvorstand, die Mitglieder der GHK ohne besonderes Verfahren zum Streik aufzurufen, wenn die „freiheitlich demokratische Grundordnung der Bundesrepublik angegriffen oder in ihrem Bestand gefährdet“ ist.

Der Gewerkschaftstag forderte das Verbot der NPD und wendete sich

entschieden gegen die Diktaturen in Griechenland und Spanien. Er forderte den Europarat zum Boykott der griechischen Militärmachthaber auf und sprach die Erwartung an die Bundesregierung aus, endlich alle Waffenlieferungen und jede wirtschaftliche Hilfe an die Putschisten in Griechenland einzustellen. Gefordert wurde, die Spitzel der Junta aus der Bundesrepublik auszuweisen.

Ein entschiedener Schritt zur europäischen Sicherheit wurde im Antrag A 2 getan, der eine vertragliche Anerkennung des Status quo befürwortet. Es sei ein „Gebot der Vernunft“, jetzt die DDR anzuerkennen, wurde festgestellt.

Beachtung fand die einstimmige Annahme eines Antrages, der zu einer engeren Zusammenarbeit der beiden internationalen Gewerkschaftsbünde IGFB und WGB aufruft: „Es muß angestrebt werden, die zur Zeit bestehende Spaltung der Gewerkschaftsorganisation in zwei internationale Verbände zu überwinden, das Gegeneinander muß durch solidarisches Zusammenarbeiten abgelöst werden. Die Zusammenarbeit aller Gewerkschaften in der Welt ist zwingende Voraussetzung, wenn wir ernsthaft eine demokratische Neuordnung der Welt erreichen wollen.“

Gerhard Vater interpretierte den Beschuß auf einer Pressekonferenz noch dahingehend, daß schon mit der Aufnahme von Kontakten zu den sozialistischen Gewerkschaften im WGB eine Verbesserung der internationalen Beziehungen zu verzeichnen sei. Er wies jedoch darauf hin, daß dem WGB auch im Westen so bedeutende Gewerkschaftsverbände wie die CGT in Frankreich und die CGIL in Italien angehören, zu denen es die Beziehungen zu verbessern gelte. In einem Interview mit der „Frankfurter Rundschau“ hatte sich Vater auch dafür ausgesprochen, Kontakte zum FDGB in der DDR herzustellen.

Einiges Mißfallen rief unter den Delegierten die Tatsache hervor, daß während des Kongresses völlig offen blieb, ob sich überhaupt ein Minister der neuen Regierung werde sehen lassen. NRW-Ministerpräsident Kühn entschuldigte sein Fernbleiben mit

dringenden Staatsgeschäften. Helmut Schmidt besuchte zwar die Westfalenhalle, mied aber den Gewerkschaftstag. Schließlich erschienen nach ersten Unlustäußerungen in der Presse Walter Arendt, der neue Arbeits- und Sozialminister, und Wirtschaftsminister Karl Schiller („Spät kommt er, doch er kommt“).

Immerhin waren auf dem Kongreß recht kritische Anmerkungen zu Schillers konzertierter Aktion gemacht worden. So hatte Gerhard Vater erklärt, daß seine weitere Mitarbeit unter der neuen Regierung davon abhänge, ob die für die Gewerkschaften wichtigen Fragen, angefangen bei der qualifizierten Mitbestimmung bis hin zu den Fragen einer besseren Einkommens- und Vermögenspolitik für die Arbeitnehmer sowie Kultur- und Bildungsreform in die konzertierte Aktion einbezogen würden. Für die nächste Runde der „KA“ noch im November dieses Jahres kündigte der Wirtschaftsminister eine Prüfung darüber an, welche „neuen Daten“ die Aufwertung der DM gesetzt habe. Allein mit einer solchen „Prüfung“ dürften sich die Gewerkschaften schwerlich zufrieden geben. - er -

Ministerpensionen

Nur zwei der zehn ausgeschiedenen CDU/CSU-Bundesminister können sich mit einer Ministerpension über den Verlust ihres hohen Amtes trösten, denn die Bedingungen für eine solche Pension sind sehr „strengh“: Vier Jahre muß man mindestens Bundesminister gewesen sein und beim Ausscheiden 55 Jahre alt sein. Beiträge allerdings braucht man für die Ministerpension nicht zu zahlen, die Kosten trägt das Volk.

Wer diese Bedingungen erfüllt, für den lohnt es sich aber auch. 35 Prozent des Amtsgehaltes einschließlich Wohnungsgeld (zur Zeit 7993,34 DM) ist die Ministerpension. Sie steigt nach den Amtsjahren bis zu 75 Prozent des Ministergehaltes.

Arbeiter und Angestellte müssen mindestens 15 Jahre Beiträge zahlen, bevor sie einen Anspruch auf Altersruhegeld haben. Das bekommen sie aber erst ab 65 Jahren und nur bei Arbeitslosigkeit ab 60. Mindestrente gibt es für sie nicht und 96 Prozent aller Vollrenten der Arbeiterrenten- und Angestelltenversicherung erreichen noch nicht einmal ein Viertel, nämlich 800 DM, der Mindestpension für Bundesminister.

Die Bundesrepublik ist ein sozialer Rechtsstaat, so sagt das Grundgesetz. Aber ist damit nicht auch gleiches soziales Recht für alle gemeint?

„Geheimnis“ der DDR-Erfolge

**Exklusivbericht von Professor Dr. Johanna Töpfer
Stellvertretende Vorsitzende des FDGB-Bundesvorstandes**

In diesen Wochen widmeten Publikationsorgane von internationaler Geltung der Berichterstattung über die Deutsche Demokratische Republik beachtliche Aufmerksamkeit. Analysiert man die vielfältigen Reportagen und Kommentare, welche in der bürgerlichen Presse anlässlich des 20. Jahrestages unserer DDR veröffentlicht wurden, so zeichnen sich hauptsächlich drei Feststellungen ab:

1. In der DDR wurde eine leistungsfähige Volkswirtschaft geschaffen; zu den führenden Industrienationen der Welt gehörend, nutzt sie erfolgreich die Prozesse der wissenschaftlich-technischen Revolution zur Stabilisierung und Höherentwicklung ihres sozialistischen Gesellschaftssystems. Es wird „entdeckt“, daß die DDR auf Grund ihres ökonomischen Potentials ein attraktiver und akzeptabler Handelspartner sei.

2. In der DDR ist es gelungen, der Ära des „aggressiven Deutschen“ ein Ende zu bereiten. Der in der DDR herangebildete neue Mensch zeichnet sich durch Friedensliebe und Verkörperung des Humanismus aus. Die Gefahr eines von deutschem Boden ausgehenden Krieges ist auf Grund der Staatspolitik der DDR in diesem Teil Deutschlands gebannt.

3. In der DDR zeichnet sich eine wachsende Identität der Bürger mit ihrem sozialistischen Staat ab. Das Wort „Wir“ wird groß geschrieben und bestimmt die Lebensweise der Bürger in einer sich herausbildenden humanistischen Menschengemeinschaft, die alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens in der DDR durchdringt.

Das Resümee solcher Feststellungen kommt in der ebenfalls geäußerten Erkenntnis zum Ausdruck, der DDR sei offensichtlich, einmal den Anfangsschwierigkeiten entwachsen, eine gesicherte Zukunft beschieden. Darauf müsse man sich einstellen.

Diese Tatsachen haben denn auch dazu beigetragen, daß die Deutsche Demokratische Republik im internationalen Maßstab sich anerkennende Wertschätzung erworben hat. Der sich erweiternde Kreis der Staaten, die in der letzten Zeit mit der DDR diplomatische Beziehungen aufgenommen haben, ist dafür ein Gradmesser.

Nicht weniger wichtig ist es, wie man in der gegenwärtigen Bundesrepublik gegenüber unserem sozialistischen Staat deutscher Nation denkt und handelt. Zweifellos hat sich der Prozeß realistischer Betrachtungsweise gegenüber der DDR verstärkt, ohne jedoch bisher die Wirkung hervorgebracht zu haben, eine der völkerrechtlichen Anerkennung der DDR entsprechende Staatspolitik zu entwickeln.

Wir sagen klar, daß in der Bundesrepublik auf die Dauer nur eine solche Regierungspolitik Anspruch darauf haben kann, glaubwürdig zu sein und auf der Höhe der Zeit zu stehen, die von der Realität der unwiderruflichen Existenz des Sozialismus in der DDR ausgeht. Das erfordert, die revisionistische Alleinvertretungsansammlung fallenzulassen und einen konstruktiven Beitrag für Frieden und Sicherheit in Deutschland und Europa zu leisten. Es wird vor allem vom Einsatz der Arbeiterklasse und anderer

Zwanzig Jahre DDR (IV)

Mit diesem Beitrag beenden wir die im Augustheft begonnene Artikelfolge zum 20. Jahrestag der DDR. Die Autorin dieses Beitrages, Prof. Dr. Johanna Töpfer, wird auf der von „Nachrichten“ einberufenen Tagung „Lenin und Fragen der Gewerkschaftspolitik“ im Dezember in Nürnberg eines der Einleitungsreferate halten.

friedliebender, demokratischer Kräfte in der Bundesrepublik abhängen, wie eine solche Politik zum Tragen kommt.

In der Auseinandersetzung um gesellschaftlichen Fortschritt, gegen reaktionären Konservatismus werden künftig besonders die DGB-Gewerkschaften ein noch gewichtigeres Wort mitzubestimmen haben. Dies gilt hiermit zusammenhängend für die Haltung der westdeutschen Gewerkschaften zur DDR. Da die Deutsche Demokratische Republik heute objektiv tiefgehenden Einfluß auf alle gesellschaftlichen Bereiche in der Bundesrepublik ausübt, kann die Stellung der westdeutschen Arbeiter und Gewerkschafter zur DDR nicht unter bloßem außenpolitischen Aspekt betrachtet werden, sondern sie gewinnt zunehmend Bedeutung für deren innenpolitische Erwägungen und Entscheidungen. Die Vertretung der Klasseninteressen des arbeitenden Volkes in Westdeutschland durch die Gewerk-

schaften schließt organisch die Normalisierung und Verständigung zwischen DGB und FDGB als Beitrag zur klassenmäßigen und einzig zukunftsichernden Haltung der DDR ein.

Die siegreiche Arbeiterklasse in der DDR hat unter der erprobten Führung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands Berge versetzt. Vor welch unermeßlichen Schwierigkeiten sie auch immer nach 1945 stand, welche Knüppel das westdeutsche Großkapital ihr obendrein zwischen die Beine warf — die Arbeiterklasse hat dennoch alle anderen werk täglichen Klassen und Schichten der Bevölkerung um sich zusammengeschlossen und alle Widerstände überwindend einen steilen Weg des Aufstiegs beschritten.

In der DDR wurden die jahrzehntalten Forderungen und Ziele der deutschen Arbeiterbewegung verwirklicht. Ebenso ist es mit den gegenwärtigen Grundforderungen der westdeutschen Gewerkschaften. Wirtschaftliche Stabilität und soziale Sicherheit, hohes Bildungs- und Kulturniveau, umfassende Arbeitssicherheit, weitreichende gewerkschaftliche Mitbestimmungs- und Kontrollrechte sind für die Werktätigen der DDR von ihnen selbst geschaffene und sich immer mehr vervollkommennde Bestandteile des alltäglichen Lebens.

Was sind die Gründe für die eingangs wiedergegebenen drei Feststellungen der bürgerlichen Welt presse hinsichtlich der erfolgreichen Entwicklung der DDR? Warum steht hier der Mensch im Mittelpunkt, ist die Arbeiterklasse geachtet und anerkannt als führende Kraft der Gesellschaft, während in der Bundesrepublik, wie Christian Geissler es ausdrückt, die „Möglichkeiten des Menschen mißhandelt und ausgelacht“ werden, die Arbeiter „belädi gte und erniedrigte Leute, die unterdrückte Klasse par excellence“ sind?

■ Wir zogen die richtigen Lehren aus der Geschichte und haben alle Kraft dafür eingesetzt, die Entwicklung auf deutschem Boden in Übereinstimmung mit den objektiven Entwicklungsgesetzen des gesellschaftlichen Fortschritts in Richtung auf den Sozialismus zu bringen.

■ Die besten Vertreter der Arbeiterklasse organisierten das Werk der Vereinigung aller friedliebenden und demokratischen Kräfte des Volkes, begonnen durch die Schaffung der Einheit der Arbeiterklasse und ihrer Gewerkschaften und mit einer vereinigten revolutionären Partei an der Spitze, nämlich unserer SED.

■ Die Herren der Industrie- und Bankkonzerne sowie die Großagrarier wurden entmachtet und enteignet, die Produktionsmittel in Volkseigentum übergeführt und das Land in die Hände der werktätigen Bauern als die recht-

mäßigen Eigentümer gegeben. Somit konnte der Grundsatz: „Was des Volkes Hände schaffen, soll des Volkes eignen sein“ Wirklichkeit werden.

■ Wir haben die Wehrwirtschaftsführer und mit Verbrechen beladenen unverbesserlichen Naziaktivisten, die faschistischen Offiziere und andere Feinde des Volkes aus ihren Ämtern vertrieben. Neue demokratische Verwaltungsorgane wurden geschaffen und die leitenden Positionen von aufrechten Arbeiterfunktionären besetzt.

■ Aller überkommener, teils tief verwurzelter geistiger Unrat, in der faschistischen Ideologie am verderblichsten wirkend, mußte ausgeräumt werden. Die antifaschistisch-demokratische Reform des Bildungswesens und humanistische Erneuerung der Kultur, die marxistisch-leninistische Bewußtseinsbildung ermöglichten auch die Lösung dieser besonders schwierigen Aufgabe.

■ Entwicklung der Völkerfreundschaft und vor allem der deutsch-sowjetischen Freundschaft als einer Herzenssache der Bevölkerung der DDR und die Gestaltung des unzerstörbaren Bündnisses mit der Sowjetunion waren ausschlaggebend für unseren so erfolgreichen Weg.

Alle hier genannten Faktoren in ihrer Gesamtheit haben uns in die Lage versetzt, heute — die Prozesse der sozialistischen und wissenschaftlich-technischen Revolution miteinander verschmelzend — die großartigen Erkenntnisse der modernen Wissenschaft zum Wohle der Werktätigen, zur Bereicherung ihres materiellen und kulturellen Lebensniveaus zu nutzen. Auf diese Weise wird das Staatsvolk der DDR noch bewußter zum freien, unumschränkten Herrn seines eigenen Schicksals.

So werden auch Vorzüge und Überlegenheit des sozialistischen Gesellschaftssystems in der DDR als einzige Alternative gegenüber dem Spätkapitalismus in der Bundesrepublik deutlicher sichtbar. Wer sich in Westdeutschland ernsthaft mit den längst fälligen demokratischen Reformen zur Umgestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse befaßt, kommt an der von Anfang an wirkenden Alternative DDR nicht vorbei. Es ist auf die Dauer unmöglich, dieses und jenes aus der DDR als beispielhaft auch in Westdeutschland „einführen“ zu wollen, wenn die Arbeiterklasse und alle antimonopolistischen Volksschichten nicht selbst darum kämpfen, die genannten Grundbedingungen für unsere Fortschritte in der DDR, entsprechend den westdeutschen Verhältnissen, auch dort zu schaffen.

Um wieviel gültiger ist heute, was unmittelbar nach der Gründung der DDR im Oktober 1949 der Metallarbeiterfunktionär Willi Bleicher aus Stuttgart als Delegierter auf dem Gründungskongress des DGB ausgesprochen hat: „...dort drüber (in der

DGB fordert Gesamtschule

GEW-Vorsitzender kritisiert das Bildungswesen Orientierung auf moderne Arbeitswelt verlangt

Mitte Oktober 1969 veranstaltete der DGB-Landesbezirk Bayern in Nürnberg eine Tagung unter dem Motto „Berufliche Bildung 1969“. Mehr als 200 Gewerkschaftsvertreter, Berufsschullehrer, Berufsberater und -ausbilder forderten eine grundlegende Umgestaltung des Schul- und Berufsausbildungswesens in der Bundesrepublik und übten zugleich harte Kritik an den mittelalterlichen Verhältnissen, die in Bayern besonders ausgeprägt sind.

Das Hauptreferat hielt der Vorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Erich Frister, zum Thema „Die integrierte Schule — ein Modell für morgen.“ Frister verlangte, daß die überholte ständische Gliederung der herkömmlichen Schulgattungen (Volksschule, Realschule, Gymnasium) zugunsten einer integrierten Gesamtschule beseitigt wird. Er kritisierte das gegenwärtige Bildungswesen, das an den Bedürfnissen der Gesellschaft im 20. Jahrhundert vorbeigehe und vor allem dem Arbeiterkind keine Chancengleichheit biete.

Frister kritisierte, daß an den Universitäten nur 6 Prozent der Studenten Arbeiterkinder sind. Die Volksschule sei eine „Gettoschule“, in der nur jene zusammengefäßt seien, die wenig Anregungen durch Elternhaus und Schule für die künftige berufliche Entwicklung bekämen. Niemand sollte sich täuschen lassen, wenn jetzt etwas mehr Arbeiterkinder das Gymnasium besuchten. Das besage wenig, weil bis zum Abitur die meisten Arbeiterkinder vorzeitig ausscheiden und dann wieder die alten Schichten, die Privilegierten, unter sich seien.

In der geforderten Gesamtschule könne sich für jeden Schüler, unab-

hängig von seiner sozialen Herkunft, je nach Leistungsfähigkeit und Neigung, der geeignete Bildungsweg finden lassen. Wesentlich für die Gesamtschule sei auch, den Gegensatz zwischen allgemeiner Bildung und beruflicher Bildung zu überwinden. Gegenwärtig könne man von einer beruflichen Bildung kaum sprechen, sondern eher von einer Dressur für bestimmte Fertigkeiten. Frister verlangte, den Betrieben die Zeit wegzunehmen, in denen gar nicht ausgebildet werde, um dafür die Berufsschulzeit wesentlich zu erweitern. Die gymnasiale Oberstufe der Gesamtschule (10. bis 13. Schuljahr) müsse mit den Berufsschulen und Berufsfachschulen zu einer integrierten Oberstufe zusammengelegt werden.

Es genüge aber nicht, nur ein neues Dach zu schaffen, meinte Frister, vielmehr sei zur Beseitigung der vorhandenen Misere ein völlig neuer Inhalt der Bildung erforderlich. Der Gewerkschaftsvorsitzende verlangte, daß die Lehrpläne ihre Orientierung aus dem Stoff des 19. Jahrhunderts aufgeben; Technik, Arbeitswelt und Sozialwissenschaften seien wichtiger als reaktionäre Lehrinhalte von vorgestern. Dabei sei es auch notwendig, die Mädchen für Technik und Naturwissenschaften zu interessieren, wie es — so Frister — erfolgreich in der DDR getan werde.

Der Referent setzte sich für die Mitbestimmung der Eltern, Lehrer und Schüler in Form einer Selbstverwaltung der Schulen ein und sprach sich für die Ganztagschule aus. Zugleich räumte er ein, daß die Gesamtschule aus einem Guß nicht aus dem Boden gestampft werden könne. Neben der Fortsetzung der Experimente mit der Gesamtschule — in Bayern hat sie CSU-Kultusminister Huber verboten — sei es erforderlich, daß Veränderungen im Schulwesen mit gesellschaftspolitischen Veränderungen einhergehen.

Diese Orientierung unterstrichen auch mehrere Diskussionsredner; z. B. forderte der SPD-Landtagsabgeordnete Dr. Böddrich die Veränderung der bestehenden Herrschaftsstrukturen, um ein demokratisches Bildungswesen zu entwickeln.

W. P.

DDR) sind bereits einige gewerkschaftliche Grundsätze verankert.“ Einer davon sei „die Entmachtung derer, die uns immer wieder in Not und Elend geführt haben. Wir wären glücklich, wenn (diese Grundsätze) auch bei uns durchgeführt worden wären.“

Eine vorurteilslose Prüfung des in der DDR zurückgelegten Weges zweier siegreich vollzogener Revolutionen antifaschistisch-demokratischen und sozialistischen Charakters macht überzeugend sichtbar, daß es den Millionen des Volkes nicht nur möglich ist, ohne die volksfeindlichen Millionäre auszukommen, sondern daß sie vielmehr, auf ihre eigene Kraft bauend, dauerhaft sichere Fundamente für eine menschenwürdige Zukunft schaffen können.

Neues Statut und starker Wille zur Gemeinsamkeit Bericht vom VII. Weltgewerkschaftskongreß

Die Verbesserung der Arbeit — Aktivierung und Spezifizierung der Tätigkeiten — sowie das Streben nach größtmöglicher Einheit der Werktätigen und Gewerkschafter in aller Welt bestimmten im wesentlichen den Ablauf des VII. Weltgewerkschaftskongresses in Budapest. Auf diesem Kongreß, der vom 17. bis 26. Oktober 1969 in der ungarischen Hauptstadt tagte, wurden der Präsident und der Generalsekretär des Weltgewerkschaftsbundes neu gewählt, Statutenänderungen vorgenommen, ein Programm zur gewerkschaftlichen Orientierung und Aktion, ein Appell an die Werktätigen der Welt und andere Dokumente verabschiedet. Fragen einer effektiveren Regional- und Berufsgruppenarbeit, des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und die besonderen Probleme der Gewerkschaftsarbeit in den Entwicklungsländern nahmen in den Erörterungen breiten Raum ein. Für die Gewerkschaften in Europa dürfte die Absicht des WGB, Ende 1970 eine gesamteuropäische Gewerkschaftskonferenz mit breit angelegter Thematik durchzuführen, von besonderem Interesse sein.

Für den kürzlich verstorbenen Italiener Renato Bitossi wählte der Kongreß Enrique Pastorino aus Uruguay zum neuen WGB-Präsidenten. Der langjährige Generalsekretär und Mitbegründer des WGB, Louis Saillant, stellte seine Funktion aus Gesundheits- und Altersgründen zur Verfügung; einstimmig wurde sein Landsmann, der Franzose Pierre Gensous, Jahrgang 1925, zum Nachfolger gewählt.

Weltweite Repräsentanz

Der WGB ist die größte Gewerkschaftszentrale der Welt. Geht man davon aus, daß es insgesamt rund 200 Millionen Gewerkschaftsmitglieder gibt, und daß in Budapest die Delegierten, Beobachter bzw. Gäste von Gewerkschaften anwesend waren, die zusammen 153 486 000 Mitglieder zählen, so ist das recht beachtlich. Laut Bericht der Mandatsprüfungskommission waren auf dem Kongreß 97 nationale Gewerkschaftszentralen und 26 lokale Gewerkschaften aus insgesamt 97 Ländern durch 461 Teilnehmer (Delegierte, Beobachter und Gäste) vertreten. Stimmberechtigt waren nur die Delegierten der Gewerkschaften, die Vollmitglieder des WGB sind. Das sind 51 nationale Gewerkschaftszentralen und 12 internationale Berufsvereinigungen mit rund 134 300 000 Mitgliedern, zehn Gewerkschaften mehr als auf dem VI. WGB-Kongreß 1965 in Warschau.

Traditionsgemäß gibt der WGB auf seinen Kongressen allen jenen Gewerkschaften und überregionalen Zentralen die Möglichkeit zur Teilnahme und Mitarbeit, die sich aus besonderen Gründen bislang keiner Weltorganisation angeschlossen haben, wobei aber auch anderen Weltbünden, wie etwa dem IBFG, Teilnahme und Zusammenarbeit angeboten werden.

Zu den 72 in Budapest vertretenen Gewerkschaften, die dem WGB nicht angehören, zählte u. a. der große japanische Gewerkschaftsbund SOHYO, der All-Afrikanische Gewerkschaftsbund, der Bund der Arabischen Gewerkschaften und das Ständige Komitee der Gewerkschaftsvereinigung Lateinamerikas. Zum ersten Male waren auch Vertreter der in Spanien unterdrückten Arbeiterkommissionen auf einem WGB-Kongreß, der durch die breite internationale Beteiligung im echten Sinne des Wortes zu einem Weltgewerkschaftskongreß wurde.

Solidarität mit Vietnam

Groß ist die Anteilnahme der Gewerkschafter in aller Welt am Kampf des vietnamesischen Volkes um Freiheit und Selbstbestimmung. Drei Dokumente zur Vietnamfrage wurden einmütig verabschiedet: eine Resolution, in der die Werktätigen der Welt aufgefordert werden, in ihren Ländern — ihren Bedingungen entsprechend — eine Kampagne zur Beendigung des Vietnamkrieges mit dem Höhepunkt am 20. Dezember dieses Jahres zu führen, den bedingungslosen und sofortigen Abzug der US-Truppen aus Südvietnam zu verlangen und die Süd-vietnamesische Befreiungsfront im Kampf um Unabhängigkeit und Selbstbestimmung moralisch und materiell zu unterstützen; ferner ein Aufruf „an die Werktätigen und Friedenskräfte der Vereinigten Staaten von Amerika“, in dem die Protestbewegung in den USA gegen die Vietnampolitik Präsident Nixons begrüßt wird und die amerikanischen Werktätigen aufgefordert werden, ihre Solidarität mit dem vietnamesischen Volk zu verstärken; schließlich ein Telegramm an USA-Präsident Nixon, in dem der Kongreß die USA zur Beendigung des Krieges durch unverzüglichen Abzug der Interventionstruppen auffordert.

Im Vordergrund der europäischen Probleme standen Überlegungen in bezug auf eine bessere Zusammenarbeit der den verschiedenen Weltbünden zugehörigen Gewerkschaften, um so zu einer effektiveren Vertretung der Interessen der Arbeiter, Angestellten und Beamten in solchen Wirtschaftsräumen wie EWG und EFTA zu kommen. Der Sprecher der italienischen CGIL-Delegation, Luciano Lama, bezeichnete die Zusammenarbeit mit dem französischen CGT als einen wesentlichen Schritt zur Gewerkschaftseinheit in Westeuropa. Er regte in diesem Zusammenhang ein Treffen der west-europäischen Gewerkschaften an, die entweder dem WGB, dem IBFG oder dem christlichen Weltbund angehören.

Der neu gewählte Generalrat des WGB, das höchste Organ zwischen den Kongressen, hat außerdem mit der Vorbereitung eines gesamteuropäischen Gewerkschaftstreffens begonnen, das möglichst bis Dezember 1970 stattfinden soll. Auf diesem Treffen sollen alle Gewerkschaften aus den sozialistischen und kapitalistischen Ländern Europas Gelegenheit haben, ihre Ansichten zu den sozialen und politischen Fragen dieses Kontinents darzulegen. Generalsekretär Gensous erklärte dazu im Rechenschaftsbericht, es sei die Absicht des WGB, „ein Gespräch zwischen den Gewerkschaftszentralen jeglicher Zugehörigkeit zu den Fragen der friedlichen Lösung der europäischen Probleme, die für die Gewerkschaften und Werktätigen von Lebensinteresse sind, zustande zu bringen“.

In diesem Zusammenhang ist auch der Vorschlag der Gewerkschaftsbünde von sieben sozialistischen Ländern Europas an den DGB und die übrigen europäischen Gewerkschaftszentralen zu sehen, auf einer gemeinsamen Beratung nach Mitteln und Wegen zur Sicherung des Friedens in Europa und der Welt zu suchen. Dieser Vorschlag war dem DGB bekanntlich anlässlich des Jahrestages des Beginns des zweiten Weltkrieges zugegangen und hat inzwischen die Zustimmung der Gewerkschaftstage der IG Chemie-Papier-Keramik und der IG Druck und Papier gefunden. Dagegen verlautete Anfang November aus dem DGB-Bundesvorstand in Düsseldorf, daß sein Interesse, an einer solchen Konferenz teilzunehmen, wegen angeblich mangelnder Beteiligung westeuropäischer Gewerkschaften nicht sonderlich groß sei.

Zusammenfassung der Kräfte

In dem vom VII. Weltgewerkschaftskongreß verabschiedeten gewerkschaftlichen Orientierungs- und Aktionsprogramm wird ausdrücklich die Zielsetzung des WGB, zur internationalen Gewerkschaftseinheit beizutra-

gen und diese zu erlangen, unterstrichen. Unterschiedliche Auffassungen und ideologische Divergenzen dürften dabei kein entscheidendes Hindernis sein, wenn es um die Vertretung der gemeinsamen Grundinteressen der Werktaetigen gehe.

Über Erfolge bei der Zusammenfassung der Gewerkschaften mit verschiedenen internationalen Zugehörigkeiten bzw. unabhängigem Charakter konnten in Budapest vor allem die Vertreter des CGIL (Italien) und des CGT (Frankreich) berichten, wo die Werktaetigen in den umfangreichen sozialen Kämpfen der letzten Wochen und Monate in der gemeinsamen Aktion beachtliche Erfolge erzielen und die verschiedenen Gewerkschaften sich auf gemeinsame Positionen einigten. Ein ähnlich starker Solidarisierungsprozeß ist auch in den Gewerkschaften Lateinamerikas zu beobachten.

Alexander Scheljepin, der Vorsitzende des Zentralrates der sowjetischen Gewerkschaften — mit 89 Millionen Mitgliedern der größte Verband im WGB — maß der Zusammenarbeit von Gewerkschaften unterschiedlicher Zugehörigkeit im Kampf um sozialen Fortschritt, Demokratie und Frieden eine hervorragende Bedeutung bei. Die sowjetischen Gewerkschaften hätten in dieser Hinsicht bemerkenswerte Erfolge aufzuweisen. Sie stünden zur Zeit mit 112 Gewerkschaften in aller Welt in Verbindung. Scheljepin berichtete auch von den Kontakten zu den DGB-Gewerkschaften in der Bundesrepublik, die sich gut entwickelten. Den „fortschrittlichen Kräften und den Gewerkschaften“ in der Bundesrepublik entbot er vor dem Forum der Gewerkschaftsvertreter aus aller Welt seinen besonderen Gruß.

FDGB: Verhältnis normalisieren

Als Sprecher des FDGB der DDR berichtete Wolfgang Beyreuther, Sekretär des FDGB-Bundesvorstandes, dem Kongreß von den Bemühungen seiner Organisation mit dem DGB der Bundesrepublik ins Gespräch und zur Normalisierung der Beziehungen zu kommen. Beyreuther wiederholte diese Bereitschaft des FDGB. Im übrigen berichtete Beyreuther — ein Vertreter des DGB war nicht in Budapest — dem Weltgewerkschaftskongreß von den Kämpfen der westdeutschen Demokraten und „einer gewissen Breite der westdeutschen Gewerkschaftsbewegung“ gegen Neonazismus, NPD und politischen Rechtstrend in der Bundesrepublik.

Zum Ergebnis der Bundestagswahl bemerkte Beyreuther: „Nach 20 Jahren Regierungszeit der CDU/CSU als der Partei des Monopolkapitals besteht jetzt in Westdeutschland nach der Wahl Willy Brandts zum Bundeskanzler die reale Möglichkeit, eine

neue Politik durchzusetzen. Dabei werden die Arbeiter und Gewerkschafter in Westdeutschland prüfen müssen, ob das in der Tat eine Politik ist, die den gesamteuropäischen Sicherheits- und Friedensbedürfnissen der Menschen entspricht.“

Der FDGB-Vorsitzende, Herbert Warnke, äußerte sich hauptsächlich zur Rolle der Gewerkschaften in der sozialistischen Gesellschaft. Im Sozialismus sei die Aufgabe der Gewerkschaften nicht Opposition, sondern Mitarbeit. „Kein Gesetz, welches das Leben, die Rechte und Pflichten der Arbeiter betrifft, kein Volkswirtschaftsplan kann ohne die Vorschläge und die Zustimmung der Gewerkschaften beschlossen werden. Im Gegenteil: schon an der Ausarbeitung dieser Gesetze und Pläne arbeiten die Gewerkschaften mit.“

Revidiertes Statut

In Budapest setzten die Delegierten des VII. WGB-Kongresses den Schlußpunkt unter die jahrelangen Bemühungen um die Neufassung des Statuts des Weltgewerkschaftsbundes. Ursprünglich sollte bereits der VI. Weltkongreß 1965 in Warschau die neuen Statuten beschließen. Nach Mitteilung Gensous hat es in den vergangenen Jahren schwierige Verhandlungen gegeben, um die divergierenden Vorstellungen der Mitgliedsgewerkschaften auf einen Nenner zu bringen. Nunmehr sei das Ziel, die Zentrale des WGB von ihrer Schwerfälligkeit zu befreien und arbeitsfähiger zu machen, glücklich erreicht. Wenn die neuen Statuten auch nicht alle Mitgliedsgewerkschaften befriedigen könnten, so würden sie doch von allen akzeptiert werden.

Die Abstimmung ergab dann einstimmige Annahme. Durch die Neufassung des Statuts ist der Gewerkschaftscharakter des WGB, dem man bislang besonders seitens des IBFG sein starkes politisches Engagement ankreide, deutlicher betont worden. Er ist jetzt offener denn je für die Mitgliedschaft von Gewerkschaften verschiedener Richtungen. Die Abschaffung des Exekutivbüros mit der verschiedentlich kritisierten Tendenz zur Entwicklung eines „Eigenlebens“ wurde allgemein als Schritt zur demokratischen Verbesserung der Führungs spitze begrüßt. Der Aufbau der Entscheidungsgremien lautet jetzt: Weltgewerkschaftskongreß — Generalrat — Büro — Sekretariat (vorher Weltgewerkschaftskongreß — Generalrat — Exekutivkomitee — Exekutivbüro).

Vertraten im bisherigen Exekutivkomitee von 25 Mitgliedern nur fünf die Regionen UdSSR, Mitteleuropa und Südeuropa, obwohl sie die Masse der WGB-Mitglieder stellen, so sind nunmehr im Büro 11 von 23 Mitgliedern Vertreter sozialistischer Länder. Zwei

Plätze sind China und Indonesien vorbehalten. Im Sekretariat sind die Kontinente durch Beauftragte wichtiger Ländergewerkschaften vertreten. Die fünf Sekretariatsmitglieder stellen: Indien für Asien, Sudan für Afrika, Chile für Lateinamerika, Italien und Sowjetunion für Europa. Die Unterrepräsentanz der Gewerkschaften der sozialistischen Länder ist auch jetzt noch unverkennbar.

Mehr regionale Autonomie

Eine wesentliche Neuerung ist die Ergänzung der Statuten durch den Artikel 14, der einzelnen Gruppen von Gewerkschaften das Recht einräumt, in Abstimmung mit dem WGB die ihren regionalen Bedingungen entsprechenden Initiativen und Aktionen zu bestimmen. Größere Selbständigkeit räumt auch der neu gefaßte Artikel 13 den Internationalen Vereinigungen der Gewerkschaften (IVG) ein, die ihr besonderes Berufsstatut haben und denen alle Gewerkschaftsorganisationen der betreffenden Berufszweige, unabhängig von ihrer sonstigen Zugehörigkeit und Auffassung, beitreten können.

Der Kongreß, der neben dem Plenum in zehn Arbeitsgruppen beriet, verabschiedete darüber hinaus eine große Anzahl von Dokumenten. Das wichtigste ist zweifellos das Programm zur gewerkschaftlichen Orientierung und Aktion. Bei der Abstimmung darüber enthielt sich die italienische CGIL-Delegation der Stimme. Sie erklärte jedoch ihr Einverständnis mit einer Reihe von Aussagen, insbesondere über die Tätigkeit des Imperialismus und über Vietnam. Das Dokument beschränkt sich aber in manchen Fällen auf eine zu vage Einschätzung, die nicht die komplizierten Prozesse im ökonomischen und sozialen Bereich erfasse. In Anspielung auf die Vorgänge in der CSSR erklärte der Sprecher sein Befremden über die „übertriebene und unverständliche Sorge“, offen Probleme zu diskutieren, die die Öffentlichkeit in der Vergangenheit bewegt hätten.

Der Budapester Kongreß hatte mit allgemeinem Einvernehmen und im Interesse einer fruchtbaren Arbeit die CSSR- und China-Frage ausgeklammert. Auch die CGIL-Delegation respektierte das. Wer also, was in manchen im Westen erschienenen Vorschauen auf den Kongreß spekulativ angeklungen war, auf eine „Zerreißprobe“ in Budapest hoffte, sah sich enttäuscht. Im Gegenteil: die nach langen internen und öffentlichen Diskussionen erreichten organisatorischen und programmatischen Veränderungen und Neukonzipierungen haben ohne Zweifel zu einer Stärkung und Festigung des Weltgewerkschaftsbundes geführt. Man wird in Zukunft mehr denn je mit seiner Präsenz rechnen müssen.

Gerd Siebert

Frankreich im Herbst

Ursachen und Ziele der sozialen Kämpfe Einheit der Gewerkschaften macht Fortschritte

Der soziale Herbst der neuen französischen Regierung Chaban-Delmas war keineswegs heiterer als in der Bundesrepublik Deutschland oder in Italien. Ein nationaler Streik der einmütigen und kampferprobten Eisenbahner dauerte z. B. acht Tage lang. Mehrere hunderttausend Lohn- und Gehaltsempfänger des Staates traten ebenfalls in den Ausstand. Woche für Woche gab es Tausende Arbeitsniederlegungen in allen Bereichen der Wirtschaft und allen Regionen des Landes, sei es in einzelnen Betrieben oder in gesamten Berufsgruppen (namentlich bei den Dockarbeitern). Das ist also der „stürmische“ Empfang, den sich die französischen Arbeiter für die Hüter des Gaullismus aufgespart haben.

Diese Auseinandersetzungen — von den Gewerkschaften gemeinsam geführt — hatten hauptsächlich folgende Ziele: Erhöhung der Löhne und Gehälter, Beseitigung des Kaufkraftrückstandes gegenüber 1968, Verbesserung der Arbeitsbedingungen in den nationalen und privaten Unterneh-

Rückzug gezwungen sahen. Jetzt versuchen sie mit allen Mitteln, verloren gegangenes Terrain zurückzugewinnen. Im öffentlichen wie auch im privaten Bereich macht sich eine wachsende Zusammenarbeit zwischen Regierung und Monopolen zuungunsten der Werktätigen bemerkbar. Sie sind bemüht, den Arbeitern und Angestellten über Umwege einen Teil der 1968 erzwungenen Lohnerhöhungen und Arbeitszeitverkürzungen wieder abzunehmen. Sie gedenken, die Früchte des technischen Fortschritts und der Konzentration allein zu kassieren und die Arbeitnehmer die Folgen der wachsenden internationalen Konkurrenz bezahlen zu lassen.

Aber augenscheinlich hat die Regierung selbst die Gegenoffensive der Arbeiterschaft hervorgerufen, indem

men. Im Gegensatz zu gewissen tendenziösen Interpretationen wurden diese Aktionen der Arbeiter und Angestellten in Übereinstimmung mit den Einzelgewerkschaften und der CGT gemeinsam beschlossen und durchgeführt. Das war sogar eine wesentliche Voraussetzung für die erfolgreichen Streikkämpfe.

Gegenwärtig nimmt die mit Zündstoff versehene Bewegung der vorangegangenen Wochen an Umfang zu. Es ist daher noch zu früh, eine Bilanz zu ziehen. Doch gibt es bereits nennenswerte Erfolge, so z. B. Lohnerhöhungen von 6 bis 14 Prozent. Zum Teil geben die Unternehmer Zusicherungen über eine elastische Lohnanpassung (namentlich bei Kodak), die die Kaufkraft der Löhne gegen Preissteigerungen abschirmen soll. Diese ersten Ergebnisse, die keineswegs zu den prophezeiten Konkursen bei den Arbeitgebern geführt haben, bieten augenscheinlich den Beweis dafür, daß die Unternehmer zahlen können. Sie ermutigen die Gesamtheit der Lohn- und Gehaltsempfänger, ihr Handlungsfeld zu erweitern.

Das rasche Aufflammen der Arbeitskämpfe in Frankreich bringt ein akutes soziales Unbehagen zum Ausdruck. In der Tat zeigt sich in Frankreich seit etwa einem Jahr eine gewisse Erholung von Regierung und Monopolen, die sich 1968 unter dem Druck der Mai/Juni-Auseinandersetzungen zum

sie mit der Abwertung des Francs und ihren wirtschaftlichen Maßnahmen wie dem Sanierungsplan Giscard d'Estaings den Druck auf die soziale Lage der Werktätigen verstärkte. Wie alle seit dem Regierungsantritt des Gaullismus offerierten Pläne, ist auch der Plan Giscard d'Estaings grundlegend antisozial und befriedigt zur Hauptsache die vorherrschenden Interessen der Finanziers und Industriellen, die das Leben des Landes allein bestimmen wollen.

Das erklärte Ziel des Sanierungsplans ist es, nach dem Vorbild Wilsons in Großbritannien so schnell wie möglich eine Verminderung des Massenkonsums herbeizuführen — aber nicht etwa eine Reduzierung der schwindelerregenden Kosten der atomaren „Force de Frappe“ oder der übertriebenen Profite der Monopole oder gar der Spekulationsgewinne aus der Geldabwertung. Dem System sind dabei alle Mittel recht. So sollen z. B. rigoros Käufe auf Abzahlung beschränkt werden. Man hat sogar schon Präsident Pompidou als eine Person erleben können, die gegen die Hausfrauen zu Felde zieht, weil diese auf den zukünftigen Lohn ihrer Ehemänner „spekulierten“, um sich auf Kredit eine Waschmaschine zu kaufen.

Gleichzeitig bewahrt aber auch Pompidou Stillschweigen über die wahren Spekulanten, die aus den Reserven des Staates 25 Millionen Franc verschwinden ließen und ungeschoren 3 Milliarden Franc betrügerische Gewinne aus der Abwertung in die Tasche steckten. Es sind natürlich Arbeit-

Blick in die Welt

Vertiefte Spaltung in USA

AFL/CIO-Kongreß schloß Chemiegewerkschaft aus Unbewegliche Politik Meany's zerstört Einheit

Der Kongreß des US-amerikanischen Gewerkschaftsbundes AFL/CIO hat im Oktober in Atlantic City den Ausschluß der Chemiegewerkschaft verfügt. Dieser Ausschluß erfolgte pro forma, nachdem die Gewerkschaft der Chemiearbeiter vor einiger Zeit die AFL/CIO schon verlassen hatte und der Alliance for Labor Action (ALA) beigetreten war. Die ALA ist eine lose Vereinigung von autonomen Gewerkschaften, die sich von der AFL/CIO getrennt haben bzw. ihr nie angehörten. Sie war 1968 von Walter Reuther gegründet worden, nachdem dieser sich mit der mächtigen Automobilarbeitergewerkschaft (UAW) von dem Dachverband getrennt hatte. Der ALA gehören u. a. auch die Teamster-Gewerkschaft der Lastwagentransporte und verwandte Gewerbe sowie die Gewerkschaft der

Warenhaus- und Großhandelsangestellten an.

Die ALA umfaßt jetzt rund vier Millionen Mitglieder gegenüber 13 Millionen der AFL/CIO. Die fortschreitende Spaltung der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung ist auf grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten über die Aufgaben der Gewerkschaftspolitik zurückzuführen. Reuther wirft dem AFL/CIO-Präsidenten Meany konservatives Beharren auf überholt Positionen vor. Meany widmet seine Aufmerksamkeit ungenügend oder gar nicht den Angestellten, den Interessen der Neger und den Großstadtproblemen. Außerdem halte er starr an einer Außenpolitik des kalten Krieges fest.

nehmer, zu der die Masse der Kreditkäufer gehört und die am härtesten getroffen werden.

Außerdem sieht der Sanierungsplan einschneidende Einsparungen an Ausgaben der gemeinschaftlichen Körperschaften vor. Obgleich Frankreich, nach Österreich und Italien, auf dem 17. Platz der medizinischen Versorgung liegt, wird ein Drittel aller für die Krankenhäuser bestimmten Kredite annulliert. Außerdem wird in diesem Jahr ein Drittel weniger für den sozialen Wohnungsbau ausgegeben als 1968. Alles das wird von einer Erhöhung der öffentlichen Tarife bis 1970 begleitet. Diese Maßnahmen allein haben schon schwerwiegende Folgen. Sie sind noch gravierender, wenn man den Preisanstieg in Betracht zieht: 8,7 Prozent seit einem Jahr. Dazu addiert sich noch ein Beitrag als Folge der Abwertung. Offiziell wird für die kommenden Monate ein erneuter Preisanstieg von 5 Prozent vorausgesagt.

Es ist begreiflich, daß unter diesen Umständen die Kaufkraft des Franc seit 1968 immer ernster gefährdet wird. Gleichzeitig steigt die Steuerlast als wichtigste Einnahmequelle des Staates ständig an.

Diese Beispiele aus der sozialen Situation Frankreichs kennzeichnen bereits das grundlegende Unbehagen und die Ungeduld der Arbeiterschaft. Die Situation rechtfertigt auch deren festen Willen, dieser Politik eine Niederlage zu bereiten. Bestärkt wird dieser Wille durch die Haltung der Politiker, die sich nicht an die Abmachungen des Juni 1968 halten wollen (Prüfung und Anpassung des Unterschiedes zwischen Lohn und Kaufkraft, Rückkehr zur 40-Stunden-Woche etc.) und sich darüber hinaus weigern, vernünftige Verhandlungen aufzunehmen.

Anstatt ernsthafter über strittige Probleme zu diskutieren, wiederholen Arbeitgeber und Regierung ihre falschen Perspektiven und bieten (z.B. im öffentlichen Bereich) Vorschläge an, von denen sie genau wissen, wie unannehbar sie sind. Gleichzeitig versuchen sie, eine weitgefächerte Kampagne gegen die CGT zu starten. („Die CGT will den Umsturz!“) in der Hoffnung, die Arbeiterklasse zu spalten. Doch die erhofften Ergebnisse blieben aus.

Regierung und Unternehmer konnten nicht verhindern, daß in dem Klima der Einigkeit über Aktionen, das den gegenwärtigen Kampf kennzeichnet, die beiden im Mittelpunkt stehenden Gewerkschaften CGT und CFDT zu einer Zusammenarbeit gelangten. Beide Organisationen einigten sich über eine Anzahl unmittelbar bevorstehender grundlegender Entscheidungen, die auch der 37. Kongreß der CGT Mitte November behandeln muß. Beide Seiten wollen ein realistisches Programm erarbeiten, über das die Mitglieder in zahlreichen Versammlun-

gen im ganzen Land noch gemeinsam diskutieren werden.

Auf dieser Grundlage dürfte es sicher sein, daß in den kommenden Wochen und Monaten in Frankreich mit neuen Aktionen und Forderungen der Arbeiterschaft zu rechnen ist. Sie dürften

den Politikern noch zusätzliche Schwierigkeiten bereiten und damit der Selbstsicherheit der Regierungspartei und all jener, die sich täglich in der parlamentarischen Mehrheit der Gaullisten ohne de Gaulle sonnen, spürbare Stöße versetzen. R. Clain, Paris

Vor dem 37. CGT-Kongreß

Am 19. November 1969 wird in Paris die größte französische Gewerkschaft, die CGT (Confédération Générale du Travail), ihren 37. Gewerkschaftskongreß eröffnen. Das öffentliche Interesse an diesem Kongreß ist außerordentlich groß, zumal man nach der relativ friedlichen Periode seit Mai/Juni 1968, der Zeit der großen Streiks, mit Spannung die Aussagen und Beschlüsse des CGT erwartet.

Der Arbeitnehmerschaft Frankreichs gelang es im letzten Jahr, den Arbeitnehmern und der Staatsmacht durchschnittlich 13 Prozent an Lohn- und Gehaltsaufbesserungen abzuringen (für die unteren Lohngruppen lag der Prozentsatz noch höher). Erreicht wurde ferner eine Verkürzung der Arbeitszeit sowie das Recht auf gewerkschaftliche Betätigung im Betrieb. Außerdem konnte eine Reihe anderer vertraglicher Abmachungen und Verbesserungen durchgesetzt werden.

Doch bereits in den Monaten danach versuchten die Monopole, den Arbeitnehmern das durch den Streik der 9 Millionen im Mai/Juni 1968 Erreichte wieder abzunehmen. Durch die Preisentwicklung der letzten Zeit sind bereits 50 Prozent der Lohn- und Gehaltsaufbesserungen wieder aufgezehrt. In der wirtschaftlichen Entwicklung Frankreichs spielten dabei besonders die Spekulation, Kapitalflucht und Francabwertung eine entscheidende Rolle. Die wirtschaftliche Situation hat sich wesentlich verschlechtert.

Es war deshalb nur natürlich und verständlich, daß der Widerstand bei den Arbeitnehmern zunahm und entsprechende Gegenmaßnahmen auslöste. So schritten Eisenbahner, Metallarbeiter, die Beschäftigten der Post, des Telegraphen- und Telefonwesens u.a. zu Arbeitsniederlegungen und Streiks.

Eine wichtige Aufgabe des 37. Kongresses der CGT wird es sein, die gegenwärtige Lage genauestens zu analysieren und klare Entscheidungen über die aktuellen wirtschaftlichen und sozialen Forderungen sowie die Form der Aktionen zu fällen. Festgestellt werden kann, daß die Bereitschaft der Arbeiter zur Herstellung der Aktionseinheit in der Bewegung gegen die Machenschaften der Unter-

nehmer und der staatlichen Macht sehr groß ist. Ein besonderes Beispiel dafür ist die Vielzahl der einheitlich durchgeführten Aktionen auf der unteren Ebene in Unternehmen und Fabriken.

Allerdings ist man in den Gewerkschaftszentralen des CFDT (Confédération Française des Travailleurs Chrétiens), besonders aber bei der FO (Force Ouvrière), was die Einheit und die Hilfe für die Durchführung gemeinsamer einheitlicher Aktionen betrifft, recht reserviert. Das ist deshalb bedauerlich, weil kein Zweifel darüber besteht, daß nur die einheitlichen Aktionen der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften die gegenwärtigen sozialen Forderungen und grundlegende demokratische Reformen schnell durchsetzen können.

Der Kongreß der CGT wird im Geiste dieser Erkenntnisse und Erfordernisse sich mit den Möglichkeiten einer Verbesserung der Zusammenarbeit befassen. Zu behandeln wird auch das Problem der nationalen Schlüsselindustrie und die Frage ihrer Nationalisierung sein. Der Kongreß wird aber zugleich auch einen Beitrag der Gewerkschaftsbewegung für die Zusammenfassung und Einigung aller linken Kräfte in Frankreich geben müssen. Wie bekannt, weigerte sich ein Teil der linken Kräfte im Juni 1968, auf der Basis eines gemeinsamen Programms die Einheit der Linken herzustellen, um von dieser Plattform aus einen schnellen demokratischen Wechsel in Frankreich herbeizuführen. Dieselben Kräfte weigerten sich auch im Mai/Juni 1969, einen gemeinsamen Kandidaten der Linken zu den Präsidentschaftswahlen aufzustellen. Diese beiden Experimente sind genug.

Im Interesse der Arbeiterklasse und der linken bürgerlichen Bevölkerung ist es jetzt ein nationales Erfordernis, eine andere Politik einzuleiten. Auch das wird eine der Aufgaben des 37. Kongresses der CGT sein. Darüber hinaus kommt es darauf an, Möglichkeiten und Formen zu finden, die wirtschaftlichen und sozialen Forderungen der Arbeitnehmer sehr schnell umzusetzen. Der Kongreß wird dafür sorgen, daß es an dem notwendigen Echo nicht fehlen wird.

Rene Duhamel, Sekretär der CGT

Terminkalender

Rationalisierung im Büro

■ 26.—27. November

Betriebsräte- und Vertrauensleutekonferenz der IG Metall in Braunschweig

■ 4.—6. Dezember

Europäische Automobilarbeiterkonferenz des Internationalen Metallarbeiterbundes in Frankreich

■ 13.—14. Dezember

II. Bundeskongress der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend (SDAJ) in Dortmund.

■ 31. Dezember

Tarifverträge im Steinkohlenbergbau laufen ab

Die neu gewählte Bundesangestelltensekretärin des DGB, Frau Annedore Bell, sprach am 15. Oktober 1969 auf einer Veranstaltung der IG Bergbau und Energie für die Fachgruppe „Kaufmännische Angestellte“ in Düsseldorf. Rationalisierung und Automation, die in den letzten zehn Jahren in der Bundesrepublik auch vor den Büros nicht mehr halt gemacht haben, sagte Annedore Bell, bestimmten immer stärker die heutige Berufswelt der kaufmännischen Angestellten. Klassische Angestelltenberufe seien zum Aussterben verurteilt, völlig neue Berufe und Tätigkeiten im kaufmännischen Bereich entstünden.

Die bisher noch vielfach vorherrschende Ansicht, daß die Geräte der elektronischen Datenverarbeitung nur Massenarbeiten oder solche mit wiederholendem Charakter verrichten können, sei durch die Erkenntnisse der letzten Jahre längst der Einsicht gewichen, daß Computer sogenannte Denkarbeiten der kaufmännischen Angestellten bis hin zu Entscheidungsaufgaben spielend bewältigen. Dabei

stehe man noch am Anfang der Entwicklung. Nach den Prognosen von Automationsfachleuten sei damit zu rechnen, daß demnächst mit Informationsbanken ebenso gearbeitet werde, wie etwas zur Zeit mit Geldinstituten, und daß die „Verwaltung außer Haus“ gewaltig an Bedeutung zunehmen werde.

Das vordergründigste Problem jeder Rationalisierung und Automation sei für die betroffenen Arbeitnehmer die Freisetzung. Die DGB-Gewerkschaften hätten deshalb ihrer langjährigen Forderung nach Arbeitszeitverkürzung immer stärkeren Nachdruck verliehen und dabei Erfolge erzielt. Es gehe aber nicht nur um die Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit; auch eine Verlängerung des Urlaubs, eine Verkürzung der Berufszeit durch längere Schul- und Ausbildungszeit und Herabsetzung des Rentenalters werde von den Gewerkschaften angestrebt.

Vorschläge zur DGB-Satzung

Dieser Ausgabe liegt, wie angekündigt, für unsere Abonnenten der NACHRICHTEN-Sonderdruck mit Anträgen, Vorschlägen und Meinungen zur DGB-Satzung bei. In Vorbereitung des außerordentlichen DGB-Kongresses im Jahre 1971 vermittelt der Sonderdruck interessierten Gewerkschaftern einen Überblick über Vorschläge zur Satzungsreform, die eine aktive Interessenvertretung der Arbeiter, Angestellten und Beamten zum Inhalt haben. Der Sonderdruck kann zum Preise von 0,60 DM vom Verlag bezogen werden. Bestellungen bitte richten an: NACHRICHTEN-Verlags-GmbH, 6 Frankfurt/M., Friedberger Landstraße 307.

Eines der größten Probleme stelle jedoch das noch weitgehend hinter der Entwicklung zurückgebliebene Bildungswesen dar. Besonders die kaufmännische Ausbildung entspreche noch eher dem veralteten Leitbild eines hanseatischen Kaufherrn als dem heutigen kaufmännischen oder Verwaltungsangestellten eines modernen, mit Rechenzentrum ausgestatteten Büros. In dieser Hinsicht gebe es für die Gewerkschaften noch ein weites Aufgabenfeld.

PERSONALIEN

Kurt Brumlop, verantwortlicher Redakteur der „Gewerkschaftspost“ und der „Gewerkschaftlichen Umschau“, die von der IG Chemie-Papier-Keramik herausgebracht werden, ist im Oktober 60 Jahre alt geworden. Brumlop, der 1934 von den Nazis verhaftet wurde, gehörte nach 1945 zu den ersten, die an den Wiederaufbau der Gewerkschaften gingen. Seit 1947 ist er als Journalist tätig. Er war Redakteur der „Welt der Arbeit“ und redigierte bis 1962 die DGB-Funktionärszeitschrift „Die Quelle“.

Dr. Kurt Hirche, Leiter der Parlamentarischen Verbindungsstelle des DGB in Bonn, vollendete am 30. Oktober 1969 sein 65. Lebensjahr. Hirche übt diese Funktion seit 1955 aus. Davor war er zwei Jahre lang Leiter der Hauptabteilung Wirtschaftspolitik beim DGB-Bundesvorstand.

Gerd Muhr, stellvertretender Vorsitzender des DGB, wurde am 10. Oktober 1969 zum Vorsitzenden des Vorstandes des Verbandes Deutscher Rentenversicherungsträger gewählt.

Bernhard Tacke, stellvertretender Vorsitzender des DGB, ist vom Akademischen Senat der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität in Frankfurt/Main die Würde eines Ehrenbürgers der Universität verliehen worden. Damit wurden die Verdienste Tackes gewürdigt, die er sich als Vorsitzender des Kuratoriums der Akademie der Arbeit um die wissenschaftliche Ausbildung des Gewerkschaftsnachwuchses und um die Zusammenarbeit zwischen der Goethe-Universität und der Akademie der Arbeit erwarb.

Wachsende Steuereinnahmen

Die Steuereinnahmen von Bund und Ländern sind gegenüber dem Vorjahr beträchtlich gestiegen. Mit einem Steueraufkommen von 13,9 Milliarden DM lagen sie im September um 15 Prozent höher als im gleichen Vorjahresmonat. Für die ersten drei Quartale 1969 ergeben sich Steuereinnahmen von über 88,6 Milliarden DM, das ist eine Steigerungsquote von 16,8 Prozent. Im Herbst 1968 hatte Bonn nur mit einer Steigerung um 10,4 Prozent gerechnet. Während der Steigerungssatz des Steueraufkommens im 2. Quartal sogar 21,5 Prozent betrug, belief er sich im 3. Quartal auf 16,9 Prozent.

nachrichten

Die NACHRICHTEN — Informationen und Kommentare zur Wirtschafts- und Sozialpolitik — erscheinen monatlich in der NACHRICHTEN-Verlags-GmbH.

Herausgeber: Josef Ledwohn, Essen; Heinz Lukrawka, Dinslaken; Heinz Seeger, Friedrichshafen.

Redaktionskollegium:
Dr. Werner Petschik, 6 Frankfurt/M., Friedberger Landstraße 307;
Heinz Seeger, 799 Friedrichshafen, Erlweg 3/9;
Gerd Siebert, 205 Hamburg 80, Harnackring 31.

Verlags- und Redaktionsanschrift: 6 Frankfurt/M., Friedberger Landstraße 307; Telefon 54 97 96; Konto-Nr. 58 029 Bank für Gemeinwirtschaft Frankfurt/M.; Postscheckkonto (bis auf weiteres): Heinz Seeger, Stuttgart 960 19.

Einzelpreis 0,75 DM; vierjährlich 2,25 DM, jährlich 9,— DM plus Zustellgebühr (1,80 DM).

Bei Nichterscheinen infolge höherer Gewalt besteht kein Ersatzanspruch. Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.

Druck: Plambeck & Co, Neumünster